:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 3.1.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Gedenkstätte für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen eröffnet

LEIPZIG. In Leipzig ist am 12. Dezember 2001 eine Gedenkstätte für ZwangsarbeiterInnen eröffnet worden. Sie befindet sich auf dem Gelände der Hugo Schneider AG (HASAG). Diese war im Nationalsozialismus ein bedeutender Rüstungskonzern, der vor allem Panzerfäuste und Teile für V1 und V2 Raketen produzierte. In den Fabriken der HASAG mussten über achttausend Frauen und Männer Zwangsarbeit leisten. Die oft sehr gesundheitsschädlichen Stoffe, mit denen die ZwangsarbeiterInnen umgehen mussten, „zerfraßen die Leber und ließen die Haut gelb werden“, so die 75-Jährige Charlotte Zeitschel, deren Eltern beide bei der HASAG Zwangsarbeiter waren. Charlotte Zeitschel ist die Vorsitzende des für die Begleitausstellung verantwortlichen Fördervereins, der schon seit Jahren die Geschichte der Zwangsarbeit in der Region erforscht.

Es ist die erste Gedenkstätte, die sich ausschließlich mit Zwangsarbeit befasst. In ihr sind zu einem großen Teil die Geschichten einzelner Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter dokumentiert. Daneben werden in einer Ausstellung des Stadtarchivs mit dem Titel „Dem Ostarbeiter und Polen zu allerletzt – Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939 bis 1945“ die Verhältnisse, unter denen die ZwangsarbeiterInnen zu leiden hatten, dokumentiert.

„Überleben...“ 3-01 ■

Aus dem Inhalt:

Tatort Stadion 5
Von Genua nach München: Stoppt die Kriegspolitik der NATO! 6
100 Millionen DM weniger für polnische ehemalige Zwangsarbeiter 8
Exportgeschäfte mit dem Tod 11

Auch in diesem Jahr waren kleinere Enttäuschungen bei den Weihnachtsgeschenken nicht ausgeschlossen...

Entschädigung für Zwangsarbeit: Antragsfrist zum 31. Dezember 2001 abgelaufen

Zu wenig Hilfe bei der Nachweisbeschaffung

„Viele Zwangsarbeitsopfer, die ihren Einsatz als Sklavenarbeiterin oder Sklavenarbeiter für die NS-Kriegwirtschaft nicht nachweisen können, erhalten bis heute nicht die notwendige Unterstützung bei der Suche nach Dokumenten. Schuld daran ist ein nicht funktionierendes Suchsystem, für das die deutsche Bundesstiftung die Verantwortung auf Dritte abgeschoben hat, anstatt die wirksame Kooperation der Archive mit den Partnerorganisationen selbst in die Hand zu nehmen.“

Diesen Vorwurf richtet die Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime an die Adresse der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in Berlin: „Wie sollen Hunderttausende alte, oft auf Hilfe angewiesene Menschen, die vor 56 Jahren gerade mal mit dem Leben davongekommen sind und heute ohne irgendwelche Papiere dastehen, von ihren jetzigen Wohnorten aus Unterlagen z.B. in früheren Melderegistern, erst jetzt ermittelten AOK- und Krankenhaus-Karteien oder Arbeitsamtsakten aufspüren, ohne dass für sie wirksame Hilfe aus deutschen Archiven organisiert wird?“

Die gesetzliche Frist für Anträge auf Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist am 31. Dezember 2001 abgelaufen. Aber auch nach Ablauf dieser Frist können noch Nachweise für geleistete Zwangsarbeit vorgelegt, bis auf weiteres also auch gesucht werden. Hierfür gibt es keine Ausschlussfrist. Aber der von der Bundesstiftung erst im Juli 2001 etablierte und finanzierte Verbund der öffentlichen Archive in Deutschland funktioniert, wie die Nachfragen der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter bei einschlägig erfahrenen Archiven ergaben, nur unzureichend und zum Teil überhaupt nicht – zum Schaden ungezählter Antragstellerinnen und Antragsteller. Für viele von ihnen hat sich seit Inkrafttreten des Entschädigungsgesetzes am ‚Leben im Wartesaal‘ nichts geändert, für viele wird sich auch nichts mehr ändern können, weil sie wegsterben.

Fortsetzung Seite 3

Naziaufmarsch in Bottrop

BOTTROP. Am 15.12.01 demonstrierten ca. 1000 Menschen, darunter auch viele Schülerinnen und Schüler, in Bottrop gegen einen Aufmarsch der „freien Kameradschaften“, den Christian Malcocci aus Jüchen angemeldet hatte. Nachdem ein Vertreter der autonomen Antifa eine Grußbotschaft von Ulla Jelpke vorgelesen hatte und Vertreter der örtlichen Migrantenorganisationen und der DKP gesprochen hatten, setzte sich die Demo in die Innenstadt in Bewegung. Die Polizei bildete ein Spalier entlang des Antifablocks und wies trotz Temperaturen von unter null Grad daraufhin, dass das Tragen von Schals gegen das „Vermummungsverbot“ verstoße.

Auf der Abschlusskundgebung sprach ein Vertreter der Antifa über die Zusammenhänge zwischen dem staatlichen Rassismus und dem der Neonazis und gab Tipps zum „aktiven Eingreifen“. Der antifaschistische Widerstandskämpfer Peter Gingold konnte seinen Redebeitrag nicht zu Ende führen. Es sickerte durch, dass entgegen der Bekanntmachung der Polizei die Nazis bereits zwei Stunden früher ihre Demonstration durchführen. Daraufhin machten sich viele Antifaschistlnnen auf den Weg, um sich dem Nazimob entgegen zu stellen. Die Polizei schirmte die Naziroute ab und kesselte zwischendurch einige Antifaschistlnnen ein und nahm ihre Personalien auf.

Wie beim NPD-Aufmarsch am 1. Dezember 01 in Berlin wurde in Absprache mit den Nazis deren Demo um zwei Stunden vorverlegt. Der groß angekündigte Aufmarsch entpuppte sich allerdings als Flop. Nur ca. 50 bis 80 „Kameraden“ fanden den Weg nach Bottrop. Nur unter starkem Polizeischutz und mit Hilfe der örtlichen Verkehrsgesellschaft konnten die Nazis aus der Stadt eskortiert werden.

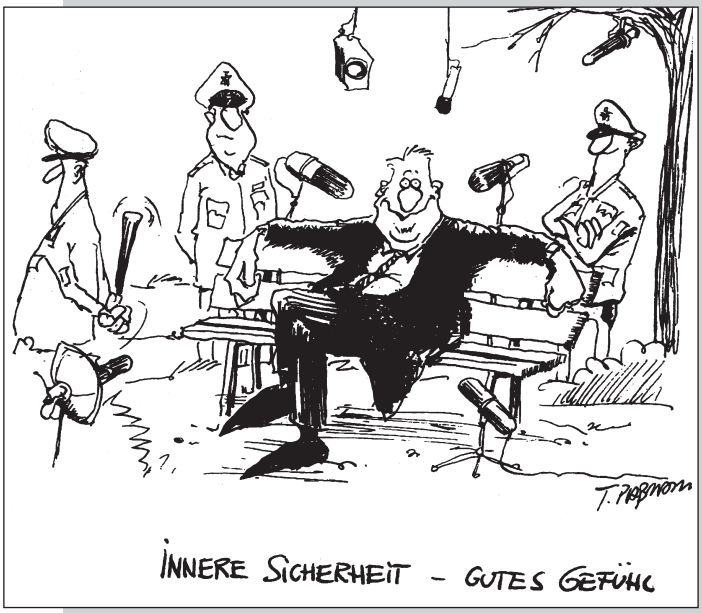
Nach PM Antifaschistische Gruppe LINK, Oberhausen ■

15 Monate Haft für den Elmshorner Neonazi Alexander Schlichting

ELMSHORN/ITZEHOE. Das Schöffengericht am Itzehoer Amtsgericht verurteilte den 23-jährigen Elmshorner Neonazi zu 15 Monaten Freiheitsstrafe. Das Gericht sah es nach drei Prozesstagen als erwiesen an, das das bereits wegen Körperverletzung vorbestrafte Mitglied der rechtsextremen „Kameradschaft Pinneberg“ im Februar in Bönningstedt einen 19-jährigen Schüler einer Musikband und im April in Ellerbek einen Polizisten brutal zusammengeschlagen hat.

Am ersten Prozesstag verhandelte das Gericht die schwere Körperverletzung gegen den Polizisten. Dieser war bei einem Einsatz auf einer „privaten Geburtstagsfeier“ im Clubheim des TSV Ellerbek von Neonazis eingekesselt, von den anderen Polizeibeamten getrennt, dann mit Bierflaschen, Stühlen und Fußtritten brutal zusammengeschlagen und schwer verletzt worden. Neonazi Schlichting bestritt vor Gericht eine Tatbeteiligung. Er habe, so seine Aussage, viel getrunken, sei dann „eingenickt und erst hochgekommen, als die Polizei da war und meine Personalien haben wollte“.

Ganz anders die Aussage eines 19-jährigen, der aus der Neonaziszene ausgestiegen ist und unter Polizeischutz in den Saal geführt wurde. Seine Darstellung: Schlichting habe mit einem Stuhl auf den Polizeimeister eingeschlagen. Die als Zeugen geladenen Neonazis dagegen haben weder was gesehen, noch gehört. So erklärte einer sein blutverschmiertes Hemd damit, dass er dem Polizisten beim Aufstehen behilflich war.



Am zweiten Prozesstag stand die schwere Körperverletzung gegenüber dem Hamburger Schüler auf der Tagesordnung. Der 19-Jährige war nach Abschluss eines Konzertes, als die Bandmitglieder sich auf den Heimweg begeben wollten, von Schlichting mit Faustschlägen attackiert – und während er auf dem Boden lag – von zwei Glatzen gegen Körper und Kopf getreten worden. „Es war eindeutig der Angeklagte, der Till zusammengetreten hat“, so die Aussage einer Zeugin.

Dagegen setzte Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger alles daran, die Zeugen als nicht glaubhaft und bewusst lügend darzustellen. So schrie er Zeugen an und versuchte auch, die Opfer über möglichen Drogenkonsum zu kriminalisieren. Zudem warf Rieger der Polizei vor, bei den Ermittlungen die Aussagen eines Aussteigers aus der rechten Szene „bewusst beeinflusst zu haben.

Rieger durfte seine verbalen Attacken bis hin zum Zusammenbruch des in Ellerbek zusammengeschlagenen Schülers im Zeugenstand ohne Einschreiten des werten Richters und seinen Schöffen vollziehen.

Am dritten Verhandlungstag folgten die Plädoyers. Der Staatsanwalt sowie der Anwalt des Polizisten als Nebenkläger, sahen eindeutig den Nachweis einer Tatbeteiligung von Schlichting durch die glaubhaftesten Zeugen erbracht. Jürgen Rieger forderte dagegen für seinen Mandanten einen Freispruch „erster Klasse“. Das Gericht blieb im Strafmaß wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen mit 15 Monaten Haft erheblich unter den Forderungen des Staatsanwaltes mit 22 Monaten und des Anwaltes mit 24 Monaten.

S.P. ■

Ulrichsbergtreffen – Bundesregierung weiß nichts

BERLIN. Zu den seit 1958 stattfinden s.g. Ulrichsbergtreffen ehemaliger Angehöriger der Waffen - SS richteten die Abgeordneten Jelpke und Hübner sowie die Fraktion der PDS Ende November 2001 eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. Gegenstand der Anfrage zu dem Treffen, an dem regelmäßig alte und neue Faschisten aus Österreich, Frankreich, Italien und eben auch Deutschland teilnehmen und bei dem dieses Jahr Jörg Haider sprach, war:

- Welche Kräfte nahmen teil?
- Welche SS-Veteranenorganisationen nahmen teil?
- Nahmen deutsche Burschenschaften teil?
- Gab es eine Beteiligung von Vertriebenenverbänden?
- Welche Bedeutung hat die „Ulrichsberg Gedenkfeier“ für den internationalen Rechtsextremismus?
- Gibt es Erkenntnisse über die Veranstalter?

● Gab es in den letzten fünf Jahren den Holocaust leugnende oder andere revisionistische Äußerungen?
● Welche Festredner traten auf?
● Wie werden Auftritte deutscher Beamten von der Bundesregierung bewertet?
Die Antworten, so von solchen gesprochen werden kann, fielen mehr als dürftig aus. Lediglich zu den Fragen 1, 2 und 9 wurde inhaltlich geantwortet. So bestätigt die Regierung „dass sich in jedem Jahr eine kleine Anzahl deutscher Einzelaktivisten am Rande der ‚Ulrichsberg Gedenkfeier' einfindet", 2001 aber nur 15 Personen aus der „rechtsextremistischen Szene" teilgenommen hätten. Zu Frage zwei weiß die Bundesregierung lediglich von zwei österreichischen Veteranenorganisationen zu berichten. Im Bezug auf eventuell teilnehmende Beamte wird auf das Beamtenrecht verwiesen. Alles in allem ein sehr magerer Kenntnisstand.

BT-Drucksache 14/7690 - CHR ■

Brandanschlag auf linkes Initiativenzentrum in Kiel

KIEL. In der Nacht zum Sonnabend, dem 29. Dezember 2001, wurde auf das Hinterhaus der Schweffelstraße 6 in Kiel ein Anschlag mit einem Brandsatz verübt. Gegen Mitternacht wurde eine Scheibe im Erdgeschoss mit einem Stein eingeworfen und anschließend ein Brandsatz in das Haus geworfen. Nachbarn, die das Klirren der Scheibe gehört hatten, verständigten sofort die Feuerwehr, die den Brand schnell löschte. Im Büro der Druckerei, die sich im Erdgeschoss des Hinterhauses befindet, wurden zahlreiche Unterlagen und Aktenordner zerstört oder beschädigt, auch weitere Räume der Druckerei wurden durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen. Zum Glück hielten sich zum Zeitpunkt des Anschlags keine Menschen in dem Gebäude auf.

Im ersten Stock des Hofgebäudes Schweffelstr. 6 befindet sich seit über 15 Jahren ein linkes Initiativenzentrum, in dem mehrere politische Gruppen ihren Sitz haben. Auch befinden sich dort die Räume des Magazin Verlags und der links-alternativen Monatszeitschrift ‚Gegenwind'. Auch die schleswig-holsteinische antifaschistische Zeitschrift ‚Enough is enough' hat dort ihre Redaktionsadresse.

Augenzeugen hatten gesehen, wie eine einzelne Person unmittelbar nach dem Werfen des Brandsatzes vom Hof floh. Der mutmaßliche Täter fuhr in einem weißen VW Golf weg. Über den oder die Täter gibt es noch keine Erkenntnisse. Als einzig möglicher Täterkreis, der über das entsprechende politische Feindbild und die Bereitschaft zu einem solchen Anschlag verfügt, kommen – aus Sicht der betroffenen Gruppen – *Forts. S. 4*

Fortsetzung von Seite 1

Das von der Bundesstiftung mit dem federführenden Bundesarchiv in Koblenz, dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen (ISD) sowie dem (privaten) Bundesverband Beratung und Information für NS-Verfolgte in Köln vereinbarte Verbundsystem, dem wiederum Länderkoordinierungsstellen angeschlossen sind, soll beim Auffinden von Nachweisen in öffentlichen und in Firmenarchiven effizient helfen. Das vorrangig abgesprochene Verfahren: die jeweiligen Partnerorganisationen fragen bei fehlenden Nachweisen der Antragsteller „elektronisch" in Form von Listen beim ISD in Arolsen nach. Bei negativem Suchergebnis dort funktioniert der „Kölner Bundesverband", ausgestattet mit Personal und Elektronik aus Mitteln der Bundesstiftung, als zentrale Verteilstelle zu jenen Länderkoordinierungsstellen, denen die Anfragen regional zugeordnet werden können.

Von Köln aus muss aber, soweit „Listenanfragen" über den ISD dort überhaupt eingehen, wegen häufig fehlender Orts- und Betriebsangaben wiederum bei der anfragenden Partnerorganisationen nachgehakt werden, bevor dann deutsche Archive in Ländern und Kommunen eingeschaltet werden können. Bis Ende November gingen bei der Kölner Verteilstelle aber so gut wie keine Listenanfragen der Partnerorganisationen ein, die an Archive der Länder verteilt werden können. Insbesondere in der russischen und ukrainischen Partnerorganisation scheint Funkstille zu herrschen.

Für viele ‚Opfer ohne Papiere' bleibt es im Ergebnis beim zermürbenden Abwarten, viele werden weder ein Resultat der Nachweissuche, geschweige denn eine Entschädigungszahlung erleben. Alfred Hausser, selbst ehemaliger Zwangsarbeiter für den Bosch-Konzern und jahrzehntelang als Experte in Fragen der Wiedergutmachung aktiv, resümiert bitter: „Da ist sie wieder, diese von ganzen NS-Opfergenerationen in Jahrzehnten verfluchte Entschädigungsbürokratie, diese zweite Demütigung."

Nach Auffassung der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime hat die Berliner Bundesstiftung für die Umsetzung des Entschädigungsgesetzes im Interesse der Entschädigungsberechtigten zu sorgen. Sie kann diese Verantwortung gerade im Problembereich der Nachweissuche nicht auf Dritte abschieben.

„Weil von der Wirksamkeit des Archivverbundes die Entschädigungsberechtigung zahlloser ‚papierloser' Zwangsarbeitsopfer abhängt, muss die Bundesstiftung aus eigener Verantwortung umgehend die Listenanfragen der Partnerorganisationen vor allem aus Moskau und Kiew einfordern und die Verbesserung des Datenprogramms innerhalb des Verbundes sich zur eigenen Sache machen. Hierzu ist sie im Interesse der Opfer verpflichtet."

Christoph Jetter,
Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter,
Lothar Eberhardt,
Berliner Büro der Interessengemeinschaft ehem. Zwangsarbeiter ■
www.ig-zwangsarbeit.de

Luxemburg-Liebknecht-Demonstration

Auch in diesem Jahr wird es bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 13. Januar 2002 in Berlin einen Antifa-Block geben. Er steht unter dem Motto „Gegen die Barbarei der Zivilisation".

Im Aufruf heißt es dazu: „Luxemburg und Liebknecht stehen für Kriegsgegnerschaft und Kritik des Parlamentarismus. Die Demonstration knüpft an die Vorstellung einer wirksamen, öffentlich wahrnehmbaren Politik an. Eine Antikriegsbewegung, die über »Gewalt« und »Aggression« jammert und die Herrschaftsverhältnisse der Zivilisation nicht benennt, ist zahm und lahm; indem sie vom Zwang der Verhältnisse schweigt, nimmt sie Partei für sie. Die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration soll – bei allen Diskussionen und Unterschieden – eine gemeinsame linke Positionierung gegen Krieg und Kapitalismus sein. Die Linke muss die Waffen ihrer Kritik schärfen und gleichzeitig die Vorstellung einer Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft hochhalten, wahrnehmbar machen und herausschreien. Denn aller Fortschritt linker Politik ist daran gebunden, dass diese Verhältnisse nicht ewig sind."

Luxemburg-Liebknecht Demonstration
Berlin, 13. Januar 2002
Frankfurter Tor · 10.00 Uhr

Neonazis in Frage. Die Schweffelstraße 6 tauchte bereits vor sieben Jahren als potentielles Anschlagsziel in einer Liste politischer Gegner auf, die bundesweit in rechtsextremistischen Kreisen zirkulierte. Im Jahr 2000 gab es nächtliche Farbbeutelwürfe auf mehrere linke Einrichtungen in Kiel, als deren Täter ebenfalls Neonazis vermutet worden sind. Und im abgelaufenen Jahr gab es wiederholt Proteste antifaschistischer Gruppen gegen Flugblattverteilungen und Infostände von Neonazis in der Kieler Innenstadt, über die auch ausführlich in Enough is enough und Gegenwind berichtet worden ist. *Redaktion Gegenwind*

Für Rückfragen: Tel. 0431-565899, eMail: gegenwind-kiel@t-online.de ■

Antifaschistische Aktionswoche 2002: Zusammen handeln, gegen Nazis, Rassismus und totale Kontrolle

BERLIN. Die Antifaschistische Aktionswoche 2002 (vom 27.1. bis 3.2.), die vierte ihrer Art, hat auch dieses Jahr das Ziel, neue Projekte mit längerer Dauer hervorzubringen. Sie soll wieder die unterschiedlichsten Menschen; Gruppen, Initiativen und Organisationen zusammenführen, um gemeinsam dem Rassismus entgegenzutreten, um zu informieren und aktiv zu werden gegen die totale polizeiliche Erfassung, um antifaschistischen Widerstand aufzubauen und konkrete Unterstützung für Opfer von Diskriminierung jeder Art zu leisten, so die Veranstalter. „Das wichtigste Thema der Aktionswoche wird der Rassismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen sein. Es soll sowohl um konkrete rassistische Gesetze, als auch um die politischen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Hintergründe des Rassismus gehen. Aber auch andere Themen, besonders die neuen Vorschläge aus dem Innenministerium, halten wir für ausgesprochen wichtig, und werden das eine oder andere mit eigenen Aktionen belegen. In diesem Sinne rufen wir bundesweit alle Menschen, Initiativen, Vereine und Organisationen mit antifaschistischem, antirassistischem Selbstverständnis auf, nicht länger auf das Aufstehen irgendwelcher „An- oder Zuständiger“ zu warten. Werdet in eurem Umfeld aktiv und tauscht euch mit uns und anderen aus. Beteiligt Euch mit eigenen Aktionen und Veranstaltungen an der Antifaschistischen Aktionswoche 2002! Eine vorbereitende Auseinandersetzung kann mit uns im „Forum“ unserer Internetseite geführt werden.“

Antifaschistisches Aktionsbündnis III [A3] , Postfach 580724, 10415 Berlin A3.ANTIFA.DE, E-Mail: a3.berlin@firemail.de, Infotel.: 0175- 8575761 ■

Ehrung für Opus Dei

KÖLN. Im Januar 2002 jährt sich der Geburtstag des „Opus Dei“-Gründers Josefmaria Escriva zum 100. Mal. Aus diesem Anlass wird Kardinal Meissner am Samstag, den 19.1.2002 um 11 Uhr eine Messe im Kölner Dom feiern. Auch „Opus Dei“ lädt zu dieser Messe ein. Nach der Messe geht es weiter im Festzelt an St. Pantaleon.

Opus Dei begreift sich als Elite, als Stoßtrupp der Kirche im Kampf gegen das Böse, womit neben „moralischem Verfall“ (Ehescheidung, Empfängnisverhütung etc.) vor allem gesellschaftlicher Fortschritt und Kommunismus gemeint sind. Auf die Eliten in der Finanzwelt, Politik, Medien und Bildungswesen ausgerichtet, erreichen die weltweit an die 80000 Ordensmitglieder, davon ca. 1200 Priester, erstaunliche Macht. Opus Dei-Leute lehren an Universitäten, arbeiten in Zeitungsredaktionen, in Rundfunk- und Fernsehanstalten, in Presse- und Werbeagenturen und in Filmgesellschaften. Im Stammland der „heiligen Mafia“, in Spanien, stellte man während der Franco-Diktatur mehrere Minister. Nicht unerheblichen Anteil hatte der Orden am Sturz Salvador Allendes in Chile 1973. Unter Papst Karol Wojtila wurde der Laienorden 1982 in den Rang einer „Personalpräfektur“ erhoben. Damit ist Opus Dei zu einem weltweiten Bistum ohne eigenes Territorium geworden, dessen Prälat sich über die Ortsbischöfe hinwegsetzen kann. Außerdem ernannte er zahlreiche Opus Dei-Mitglieder in Lateinamerika zu Bischöfen und päppelte damit die Front der Amtskirche gegen die Theologie der Befreiung auf. Mit dieser Aufwertung ist Opus Dei auch aus der Schusslinie innerkirchlicher Kritiker genommen worden, die immer wieder auf die sektenmäßigen Strukturen innerhalb des Ordens hinwiesen.

Schon der Kölner Kardinal Höffner unterstützte Opus Dei: „Der spezifische Geist des Opus Dei ist providentiell (von der Vorhersehung bestimmt) für die Geschichte der Kirche und stellt eine heilbringende Kraft dar, deren Wert man unmöglich übertreiben kann.“ Sein Nachfolger Meissner scheint diese Meinung zu teilen, und so findet im Januar nicht nur der obligatorische Soldatengottesdienst statt, in dem diesmal sicher der Einsatz in Afghanistan abgesegnet wird, sondern zusätzlich noch die Ehrung des Opus Dei. Kritische Stimmen – etwa aus kirchlichen Kreisen – sind bisher nicht auszumachen. *u.b.* ■

„Gegen jede Form extremer Gewalt“

KÖLN. Im vergangenen Jahr beschloss der Rat der Stadt ein Programm gegen Rechtsextremismus, dafür standen sowohl Gelder vom Land NRW zur Verfügung sowie auch 1 DM pro Einwohner/in aus dem Stadthaushalt. Auf Anfrage der PDS-Ratsgruppe teilte jetzt der Oberbürgermeister mit, dass auch im kommenden Jahr Mittel zur Förderung für „das friedliche Zusammenleben in Köln“ zur Verfügung stehen würden, allerdings mit deutlich anderer Schwerpunktsetzung: „Vor einer vollständigen Auswertung der Projekte und Maßnahmen im April 2002 zeichnet sich grundsätzlich ab, dass das Programm mit Schwerpunkten und breiter angelegt gegen jegliche Form extremer Gewalt fortgesetzt werden sollte“, heißt es da.

Rechtsextremismus ist für die CDU-FDP-Mehrheit im Rat nicht mehr das Problem. Plötzlich geht es um Gewalt und Extremismus allgemein und gefördert werden dann sicher keine Projekte, die Gruppen und Initiativen aus dem linken Spektrum beantragen. Mit welchen finanziellen Mitteln die Stadt sich überhaupt noch an der Förderung entsprechender Projekte beteiligt, wird erst bei der Verabschiedung des Haushalts entschieden.

Als die „mobilen Beratungsteams gegen rechte Gewalt“ im Dezember 2001 ihre erste Fachtagung in Berlin durchführten, stellten sie fest, dass in vielen Gemeinden von den Christdemokraten Rechtsextremismus schlicht geleugnet wird und bereits der DGB zu den Linksradikalen gezählt werde (FR 18.12.01). Was dort im wesentlichen für ostdeutsche Städte und Gemeinden an Erfahrungen diskutiert wurde, scheint auch im westlichen Teil Deutschlands nicht viel anders zu sein. *u.b.* ■

2,2 Millionen mehr für BdV

BERLIN. Das Ergebnis einer PDS-Anfrage zum Thema „Vertriebenenverbände und die Mittel aus dem Bundeshaushalt“ kann nur als höchst bedenklich gewertet werden. Hatte der Bund der Vertriebenen (BdV) laut der Aufstellung der Regierung 1999 bereits satte 3.75 Millionen Mark aus Bundesmitteln erhalten, stieg dieser Betrag im Jahre 2000 sogar auf 5.95 Mio DM an. Neben der direkten institutionellen Förderung gibt es darüber hinaus noch zusätzliche Mittel aus dem Kulturetat. So wurden z.B. für „Gemeinschaftsfördernde Maßnahmen“ für die „deutsche Minderheit in Polen“ 999.788.- DM bewilligt (`00). Auch die „deutsche Jugend in Europa“ (DJO) ist

nicht schlecht weggekommen. Mit 388.232,73 DM konnten sie sich einer ordentlichen Unterstützung sicher sein. Die Zuwendungen für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, bspw. mit 573.841.- DM gefördert, erhielt davon allein gut 100.000.- DM zum Auf- und Ausbau eines „Multiplikatorennetzwerkes“. Wohl dem, der sich so gefördert weiß. *CHR* ■

Nazis faken Antifa–Homepage

Nach einem Bericht der Antifa Rotenburg, der auf der „Linken Seite“ (www.linkeseite.de) veröffentlicht wird, ist die Homepage der „antifa Infogruppe verden“ ein Nazi-Fake. Diese Gruppe gibt es nicht und eine Domainabfrage ergibt laut dieses Berichts, dass die Seite auf den JN-Vorsitzenden Niedersachsen eingetragen ist und es sich bei dem eingetragenen Provider um einen Nazi-Provider handelt. Unter der angegebenen Adresse wohne der Schatzmeister der NPD, heißt es. Damit dürfte klar sein, dass die Nazis nun auch in diesem Bereich u.U. in Zukunft häufiger versuchen werden Verwirrung zu stiften und Informationen zu sammeln. Weitere Infos mailto:antifarow@dertanzbaer.de. *CHR* ■

Wieder Naziaufmarsch in Köln am 12.1.2002?

Köln. Am 12. Januar 2002 will die rechtsextreme Bürgerbewegung „Pro Köln“ zum wiederholten Male in Köln-Longerich aufmarschieren. Die Veranstaltung, die um 16 Uhr auf dem Altonaer Platz in Longerich beginnen soll, richtet sich gegen den sogenannten „Drogenstrich“ an der Geestemünder Straße. Vom Altonaer Platz wollen sie dann einen Fackelmarsch zum „Ort des Geschehens“ machen. „Pro Köln“ versucht sich als bürgernahe Organisation zu präsentieren, besteht aber zum größten Teil aus altgedienten Neofaschisten, die seit langem in Köln unter wechselnden Organisationsnamen aktiv sind. Bei ihren bisherigen Auftritten stützten sie sich vor allem auf angereiste militante neonazis aus NRW. So waren Mitglieder der „Freien Kameradschaften“ Düsseldorf, Duisburg und Dortmund auf der Kundgebung am 19. Juli. Dasselbe Spektrum kam zum Fackelaufmarsch am 20. September, ein Aufmarsch, der offensichtlich bewusst Erinnerungen an SA-Aufrmärsche hervorrufen sollte. Die Provokation von „Pro Köln“ kann nicht unbeantwortet bleiben. Treffpunkt für AntifaschistInnen: Samstag, 12.1.02 um 14.30 Uhr am Altonaer Platz in Köln-Longerich.

Infos unter: www.antifa-k.de oder Tel. 0221-9526359
Antifa K & das Bündnis „Köln stellt sich quer“ ■

Tatort Stadion

Wanderausstellung über Rassismus im Fußball

Das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) hat in Zusammenarbeit mit dem europaweiten Netzwerk Football Against Racism in Europa (FARE) eine Wanderausstellung über Rassismus und Diskriminierung im populärsten deutschen Sport erstellt.

„Tatort Stadion“ gibt einen Überblick über rassistische Vorfälle und Entwicklungen in deutschen Stadien seit den 80er Jahren und stellt Bezüge zur europäischen Fußball-Landschaft her. Außerdem werden Verbindungen von Hooligans und rechten Fangruppierungen zu neonazistishen Organisationen beleuchtet sowie Positionen von Vereinen und Spielern zum Thema dargestellt. Dabei kommen auch die mangelnde Aufarbeitung der Rolle des DFB im Nationalsozialismus und diskriminierende Äußerungen seines heutigen Präsidenten Mayer-Vorfelder zur Sprache, weswegen den MacherInnen nun ein Rechtsstreit droht.

Einen weiteren großen Bereich nehmen Gegenbewegungen in den Fanszenen und Vereinen ein, wobei besonders St. Pauli hervorsticht. Neben verschiedenen Schautafeln werden diverse Fanartikel, Flugblätter, Videos und Bücher gezeigt. Die Ausstelllung schafft damit eine Sensibilisierung und zeigt auf, wie antirassistische Arbeit in den Stadien aussehen kann.

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung in Berlin sprach u.a. Michael Preetz von Hertha BSC. Der Kapitän der Berliner betonte in seiner Rede vor allem den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Alltag des Fußballs im Gegensatz zu den selten hilfreichen moralischen Zeigefingern und plakativen Kampagnen. Gleichzeitig wandte sich Preetz gegen eine Einschränkung der Spielberechtigung für ausländische Spieler.

„Tatort Stadion“ wurde gut besucht und fand insbesondere bei Schulklassen und Fußballfans Anklang. Aber auch Mitglieder der Berliner Polizei wurden in den Räumen gesehen. Einige Rechte zeigten ihr Interesse, indem sie den Veranstaltungsort mit Leuchtspurmunition beschossen.

Nachdem die Ausstellung auf ihrer ersten Station vom 7. November bis 6. Dezember in der Mediengalerie im Berliner Haus der Buchdrucker gastierte, tourt sie 2002 durch acht weitere Städte. Vom 10. Januar bis zum 8. Februar ist sie in Hamburg im DGB-Haus im Besenbinderhof zu sehen. Anschließend geht es unter anderem nach Bochum, Düsseldorf, Frankfurt/M. und Leipzig.

Außerdem wird eine Begleitbroschüre vertrieben.

Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.tatort-stadion.de, www.aktive-fans.de und www.furd.org/fare.

entnommen aus: „monitor“, dem Rundbrief des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz). ■

i apabiz e.V. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten, bietet vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Für Recherchen steht ein Archiv zur Verfügung, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind. Ein ReferentInnen-Katalog umfasst derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare. Kontakt: apabiz, Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin, fon/fax 030-6116249, mail@apabiz.de.

Der Rundbrief „monitor“ ist nicht im Abo erhältlich, aber Fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Von Genuar nach München:

Stoppt die Kriegspolitik der NATO!

Präsident Bush hat in seiner Rede vor dem Kongress am 24. September 2001 die Welt vor die Alternative gestellt: Wer nicht für die USA und ihren Krieg gegen den Terrorismus ist, der steht an der Seite der Terroristen – gegen die „zivilisierte Welt" (Zitat Schröder und Bush). In Wirklichkeit nutzen die USA zusammen mit den Regierungen Deutschlands und Europas das Entsetzen über die fürchterlichen Terrorakte in New York und Washington, die Trauer über den Tod Tausender von Menschen, um ihre Rachefeldzüge zu legitimieren, andere Länder mit Krieg zu überziehen und antiarabischen und antiislamischen Rassismus zu schüren.

Die USA und Deutschland haben die reaktionären Kräfte, die sie jetzt bekämpfen, selbst hervorgebracht und unterstützt, solange sie ihnen nützlich waren: z.B. Saddam Hussein, die Taliban, Bin Laden und die UÇK.

Die deutsche Regierung nutzt die Situation dafür aus, ihre eigenen Großmachtansprüche durch Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden imperialistischen Angriffsarmee voranzutreiben. Damit werden auch noch die letzten Einschränkungen, zu denen die BRD nach dem deutschen Faschismus von der Anti-Hitler-Koalition gezwungen wurde, abgestreift. Unter dem Vorwand Innerer Sicherheit werden Grundrechte "entsorgt" und Persönlichkeitsrechte eingeschränkt, besonders gegen Flüchtlinge und MigrantInnen.

Wir rufen alle Menschen auf, sich dieser Eskalation von Terror, Gewalt und Krieg entgegenzustellen. Deutschland darf nie wieder Krieg führen. Krieg ist nichts anderes als Terror. Die einzige Alternative ist die Beseitigung der weltweiten Armut, der Ausbeutung und Unterdrückung der "dritten Welt" durch die reichen und mächtigen Staaten, genau das, was von den 300.000 DemonstrantInnen in Genua eingeklagt wurde.

München, am 26. September 2001

Aufruf zu Aktionen gegen die "Münchner Sicherheitskonferenz" am 1./2./3. Februar 2002:

Wie jedes Jahr findet im Februar die „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik" (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Die versammelten EU- und NATO-Repräsentanten, die Kriegs- und Außenminister der USA, Deutschlands und der übrigen EU-Staaten wollen der Öffentlichkeit vorgaukeln, bei dieser Konferenz gehe es um die Wahrung des Friedens auf der Welt und um internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist richtig: Sie planen den nächsten Krieg!

Hinter den verschlossenen Türen im Nobelhotel „Bayerischer Hof" – abgeschirmt von der Öffentlichkeit – entwerfen sie neue Feindbilder und schmieden Pläne für zukünftige Militärinterventionen nach dem Muster der NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Sie reden nicht über Sicherheit, sondern über die Aufstellung schlagkräftiger mobiler Eingreiftruppen, über neue milliardenschwere Rüstungsprogramme und über die Stationierung modernster High-Tech-Waffensysteme im Weltraum. Jahr für Jahr geben die NATO-Staaten dafür rund 1.000 Milliarden Mark aus.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der USA, Deutschlands und der EU betrachten sich als die "Herren der Welt". Sie beanspruchen für sich das Recht "auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Die USA, Deutschland und die EU wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen – entweder gemeinsam mit der NATO oder in militärischen Alleingängen der USA oder der EU.

Die weltweite kapitalistische Ausbeutung und ihre militärische Absicherung sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille, – eines Systems, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen; und in Deutschland: rassistische AusländerInnengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Kein Frieden mit den Kriegsplanern!
Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein lokales Ereignis. Sie ist das Davos der NATO und ihrer Militärstrategen. Deshalb: Mischt Euch ein: Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München! Stoppt die Kriegspolitik der NATO-Staaten! Wir rufen auf zu massiven Protestaktionen, damit diese NATO-Konferenz nicht so störungsfrei wie bisher über die Bühne geht.
Wir rufen auf zur Kundgebung, Freitag, 1. Februar 2002, 17.00 Uhr, Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus.
Demonstration zum Tagungsort am Samstag, 2. Februar 2002, 12.00 Uhr, Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz gegen die NATO-Kriegspolitik.

Erstunterzeicher:
Münchner Bündnis gegen Rassismus · AKM – Antifaschistisch Kämpfen München · AStA der Geschwister-Scholl-Universität München · Arbeitskreis Internationalismus des AStA der Geschwister-Scholl-Universität München · Bayerischer Flüchtlingsrat · Deutscher Freidenkerverband München · DKP Kreisverband München · internationale sozialistische linke (isl) · Libertad! · Linksruck München · Netzwerk Selbsthilfe e.V. · Ökologische Linke München · Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. · PAULA Memmingen · PDS München · [| solid] München – Sozialistische Jugend
Weitere Unterstützungserklärungen bitte bald per e-Mail senden an: smash_racism@hotmail.com
Spendenkonto: Christiaan Boissevain, Konto-Nr. 71 173 520, Stadtsparkasse München, BLZ: 701 500 00. Stichwort: "Sicherheitskonferenz" – Als Spendenbeitrag sollten mindestens 50.– DM überwiesen werden.
Kontakt für Rückfragen: Tel.: 089 - 16 95 19 – Fax: 089 / 168 94 15
E-mail: smash_racism@hotmail.com oder: www.buendnis-gegen-rassismus.de

Interview mit Ioannis Stamoulis

Anerkennung der NS-Verbrechen in Griechenland!

Sie vertreten die Interessen der Überlebenden und Hinterbliebenen der Opfer des Massakers von Distomo. Was genau passierte im Juni ´44 in dieser kleinen Ortschaft in der Nähe von Delphi?

Das Massaker in Distomo war ein Vergeltungsschlag der Nazis für eine Partisanenaktion, bei dem etwa 300 Menschen – vom Baby bis zum Greis – bestialisch ermordet wurden. Einigen wenigen Dorfbewohnern gelang es, zu fliehen. Sie berichteten später, mit welcher Brutalität die Nazis vorgegangen waren: Dem Dorfpriester wurden zunächst die Augen ausgestochen, anschließend wurde er geköpft. Ein Baby wurde gefunden, die Brust seiner Mutter, an der es genuckelt hatte, noch im Mund. Sie war der stillenden Frau offensichtlich abgetrennt worden. Dem Baby war der Bauch aufgeschlitzt und ihm seine Gedärme um den Hals geknüpft worden.

Sie vertreten die Interessen der Hinterbliebenen mit aller Konsequenz. Die Beschlagnahmung des Goethe-Institutes in Athen im vergangenen Jahr sorgte nicht nur hierzulande für Schlagzeilen. Wie kam es zu dieser sicherlich spektakulärsten Aktion in der gesamten Auseinandersetzung um Entschädigungszahlungen für die Opfer des Faschismus?

Zunächst einmal möchte ich das berichtigen. Ich habe nicht das Goethe-Institut beschlagnahmen lassen, sondern einen Pfändungstitel erwirkt für verschiedene Liegenschaften, deren Eigentümerin die Bundesrepublik Deutschland ist. Unter anderem für das Grundstück und das Haus, in dem das Goethe-Institut untergebracht ist. Das höchste griechische Gericht, der Aeropag, verurteilte die Bundesrepublik im Mai 2000, umgerechnet etwa 55 Mio. Mark Entschädigung an die Überlebenden und Hinterbliebenen der Opfer des Massakers von Distomo zu zahlen. Die Bundesregierung erkannte das Urteil nicht an und verweigerte die Zahlung. Deshalb habe ich bei der Staatsanwaltschaft den Pfändungstitel beantragt. An dem Haus klebt jetzt der Kuckuck, aber das Goethe-Institut arbeitet nach wie vor dort.

Die Versteigerung des Grundstücks und des Gebäudes wurde vorerst von griechischen Behörden blockiert. Es gibt einen Paragraphen in der Zivilprozessordnung, nach der Zwangsvollstreckungen bei nicht-griechischen Eigentümern nur mit der Genehmigung des Justizministers durchgeführt werden können. Diese Genehmigung liegt bis jetzt nicht vor, also konnte ich nicht versteigern lassen. Deshalb habe ich ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht angestrengt, damit der entsprechende Paragraph ersatzlos gestrichen wird. Die höchste Instanz wird darüber in Kürze zu entscheiden haben.

Wie wird es jetzt weitergehen?

Die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anhängig. Beide Seiten, sowohl die griechische als auch die deutsche, wurden von der zuständigen Kammer aufgefordert, bis zum 28. Januar Stellung zu dieser Sache zu beziehen.

Hat sich die Bundesregierung schon in irgendeiner Form geäußert?

Die Schröder-Regierung stellt sich stur. Wir waren vor kurzem mit einer Abordnung beim deutschen Botschafter in Athen und haben dort die Bitte nach einem Gespräch mit der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiczorek-Zeul, vorgetragen. Bis jetzt haben wir keine Antwort bekommen. Trotzdem hoffen wir immer noch auf eine für beide Seiten tragbare Lösung.

Es geht uns nicht so sehr um die Höhe der Entschädigung, sondern um die offizielle Anerkennung des Nazi-Unrechts als Verbrechen gegen die Menschheit durch die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung.

Bevor ich die BRD vor griechischen Gerichten verklagte, habe ich mich gefragt, ob ein solches Verfahren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten belasten würde. Darüber habe ich lange nachgedacht und bin zu dem Schluss gekommen: Im Gegenteil, nur die Anerkennung dieser Verbrechen kann die Grundlage sein für künftig ungestörte politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen.

Das Interview führte Birgit Gärtner. Ioannis Stamoulis ist Anwalt und Europa-Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei PASOK (Jg. 1930). Er sprach im Dezember auf einer Veranstaltung in Hamburg. ■

„Bündnis für Deutschland" gegen „Europride"

Köln. Die Veranstalter des europäischen Christopher-Street-Days „Europride" haben Strafanzeige gegen eine Gruppe aus der rechten Szene gestellt. Das vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte „Bündnis für Deutschland" hatte in einem Schreiben Widerstand gegen das Fest der Schwulen und Lesben im Sommer in der Domstadt angedroht. Die Gruppierung wolle sich an zwei privat angemeldeten Demonstrationen beteiligen, teilte der Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuST) am Mittwoch mit. Bundesweit habe die Organisation rund 150 Mitglieder, davon 40 in Nordrhein-Westfalen, sagte der Kölner Polizeisprecher Werner Schmidt. In dem Schreiben heißt es unter anderem, das Bündnis werde gegen „Schweinskram, Unkultur und Ekelhaftigkeit" vorgehen. Zum größten europäischen Lesben- und Schwulenfestival werden mehr als eine Million Besucher in der Domstadt erwartet. Bereits vor einigen Tagen hatte eine Initiative mit Namen „Mehr Ruhe in der Altstadt" zwei Kundgebungen während des Straßenfestes der Schwulen und Lesben angemeldet. Die „Europride"-Veranstalter vermuten, dass sich die Rechtsextremisten als „Trittbrettfahrer" an den Aktionen beteiligen wollen. Nun prüft die Staatsanwaltschaft, ob ein Verfahren eingeleitet wird. *Quelle: dpa/lnw* ■

Nazi-Fackelaufmarsch am 19. Januar 2002 in Lüdenscheid geplant

Die NPD-märkischer Kreis plant in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid für den 19. Januar 2002 einen Fackelaufmarsch durch Lüdenscheid. Als Anlass des Aufmarsches wird die „Reichsgründung vor 131 Jahren" angegeben. Angekündigte Redner sind Timo Pradel, Vorsitzender der NPD-MK und Anmelder der Veranstaltung, Peter Naumann (verurteilter Naziterrorist und Sprengstoffexperte) sowie ein Vertreter der „Freien Nationalisten." Die Zusammenarbeit zwischen „Freien Nationalisten" und NPD klappt in dieser ländlichen Gegend sehr gut. So soll es enge Verbindungen zwischen den oben genannten NPD Funktionären und maßgeblichen Personen aus dem s.g. Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid geben. Für eine größere Resonanz aus Kreisen der Faschisten spricht unter anderem dass mit Naumann eine relativ renommierte Person gewonnen werden konnte. Treffpunkt der Nazis: 16.30 Uhr Hbf Lüdenscheid Treffpunkt für Gegenaktivitäten:15.30, Sternplatz/Lüdenscheid.

Wegbeschreibung, nähere Informationen unter: www.nadir.org/nadir/initiativ/aal/ ■

100 Millionen DM weniger

Wie der Vorstand der Zwangsarbeiterstiftung mit Devisen spekulierte und warum die polnischen Überlebenden jetzt für die dabei entstandenen Schulden aufkommen sollen

von Lothar Evers

Im Fenster der Wohnung gegenüber baumeln bereits vier Strohsterne. Ein säuselnder Musikschwall von Weihnachtsliedern umgibt mich beim Einkaufen. Vorweihnachtszeit, Zeit für erbauliche Geschichten, die mir nicht so recht einfallen wollen. Vielleicht statt dessen eine aus der Kategorie Erzählung: Sagenhaft! Sagenhaft, wie ein teuer bezahlter Stiftungsvorstand, beraten durch Deutschlands führende Banken, über 100 Millionen DM Stiftungsgelder verzockt. Und das nicht eine der beteiligten Personen ihren Posten verliert oder auch nur eine Abmahnung kassiert.

Doch der Reihe nach: Kämen Sie auf die Idee, Ihr sauer Erspartes in Rubel, Zloty oder Yen anzulegen? Wohl kaum! Einige von Ihnen wissen, der Autor sitzt als einer von 27 Kuratoren für die deutschen Verfolgtenverbände im Aufsichtsgremium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Gremiums ist die Verabschiedung des Haushaltes. Aus gutem Grund ist der zwar umfangreich, aber er enthält ausschließlich DM-Beträge. Währungsspekulation ist ausgeschlossen. Es gilt für jede Firma, es gilt für jeden Kaninchenzüchterverein: Vorstände sind an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und anderer Aufsichtsgremien gebunden. Wer mit den Vereinsmitteln spekuliert, ist schadensersatzpflichtig.

Der Verein, in dessen Aufsichtsgremium es mich gespült hat, ist nun aber ein ganz besonderes Wesen: eine Stiftung eben. Je zur Hälfte getragen von Bund und deutscher Wirtschaft. In diesem Fall beschließt der Vorstand unter höchster Geheimhaltung 1.325 Milliarden Deutsche Mark, immerhin über 13 Prozent der Stiftungsmittel in Zloty umzutauschen. Warum über eine solche Kleinigkeit die Aufsichtsgremien informieren, hat man doch im eigenen Personal hervorragende Bankmanager wie den leitenden Angestellten der Deutschen Bank Berlin, Jan Dreher. Da Herr Dreher als Bankmanager natürlich mit den – eigentlich fürstlichen – Gehältern einer Bundesstiftung nicht auskommen kann, steht er während seiner Stiftungstätigkeit zusätzlich auf der Lohnliste der Deutschen Bank. Das findet der Vorstand ganz normal. Interessenkollision? Eine böswillige Unterstellung! Und hast Du nicht gesehen:

Schon liegen in drei Tagen drei Empfehlungsschreiben der deutschen Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank auf dem Tisch: Umtausch von DM in Zloty finde ich prima! Risiko gibt es nicht! Schade nur, dass gerade zur gleichen Zeit im Internet die Analyseabteilungen der gleichen Banken etwas ganz Anderes verbreiten: Vorsicht Spekulation in Zloty. Zloty überbewertet. Absturzgefahr!

Die Empfehlung mag damit zusammenhängen, dass man eingefädelt von Bankmitarbeiter Dreher, ein dickes Geschäft erwartet. Mit einem eigenen Perspektivmitarbeiter in der Stiftung kann man nämlich die Konkurrenz ausschalten. Warum Gegenangebote einholen, wenn man die Bank im eigenen Hause hat. Warum Ausschreibungen durchführen, wenn doch alles so schnell gehen kann. Und schnell geht es dann wirklich. Zwischen dem 7. und dem 12. Juni 2001 liefert die Deutsche Bank Zloty. Dafür haben Vorstand und Jan Dreher hier eine vorzügliche Umtauschprovision und zusätzlich, weil das Ganze ja so anstrengend und risikoreich ist, eine Risikomarge eingeräumt. Allein an diesen beiden Margen lassen sich in drei Tagen fast vier Millionen Mark verdienen. Nicht schlecht, aber vielleicht immer noch Peanuts. Deswegen räumt man den Banken die Margen auch dann ein, wenn sie seit Jahren auf den gelieferten Zloty hocken und es so gar nichts zu tauschen gibt.

Ob die Angaben im Abrechnungsschreiben der Deutschen Bank, am 7. Juni habe man 391.166.000,- DM, am 8. Juni 410.724.300,- DM und am 12. Juni DM umgetauscht nun stimmen oder nicht, ist bis heute geheim. Alle Beteiligten weigern sich standhaft, das reale Umtauschgeschäft mit Belegen nachzuweisen. Wenn ich aber insgesamt 1.325 Milliarden DM umtauschen muss am Donnerstag den 7. und am Freitag den 8., aber erst 60,52 Prozent gewechselt habe, warum üben sich unsere Bankmanager am Montag dem 11. Juni in Nichtstun? An diesem Tag wird nämlich nicht eine einzige Mark in Zloty getauscht, dafür am folgenden Dienstag, den 12. Juni, der Löwenanteil von 523.134.700,- DM. Bestimmt ist es purer Zufall, dass von Montag auf Dienstag der Zloty-Kurs seinen historischen Höchststand erreicht und man deshalb wenig Zloty für das DM-Vermögen liefern muss bzw. die eigenen Zloty-Bestände zum historischen Höchstkurs losschlagen kann. Zufall? Konspiration? Jedenfalls beendet die Deutsche Bank das harte Umtauschgeschäft am 12. Juni. Damit stellt sich die Frage. Wie sollen hier eigentlich Commerzbank und Dredner Bank noch Geld verdienen?

Das macht man unter Stiftern so: Drei Tage später verkauft die Deutsche Bank an Dresdner und Commerzbank je ein Drittel der erworbenen Zloty und verzichtet dabei auf die sauer verdiente Umtauschmarge. Das freut Dresdner Bank und Commerzbank. Stunden, nachdem die Zloty auf ihren Konten verbucht sind, werden diese um die Umtauschmarge verteuert und unter Gewinn von einigen hunderttausend Mark an die Stiftung transferiert. Und all das, wagt man frech, ins Abrechnungsschreiben an den Stiftungsvorstand und den eigenen Angestellten Dreher hineinzuschreiben. Die werden das schon nicht beanstanden. Warum auch? Hunderttausende von Marken gehen für nie geleistete Umtauschgeschäfte an deutsche Großban-

ken statt, wie es dem Stiftungszweck entspricht, den Opfern zuzufließen.

Volare, oh,oh, lautet der Refrain eines italienischen Schlagers und der beschreibt das Gefühl zu fliegen und vom gleichen volare leitet sich der Finanzterminus volatil ab und der beschreibt eine Währung, die nicht einfach gerade aus fährt, sondern schon mal kräftig nach oben oder aber auch nach unten davon zieht. Hochvolatil ist der Zloty und das heißt: wenn ich mir diese Währung zum historischen Höchstkurs einkaufe, dann ist die Chance, durch Kurssturz richtig satt Geld zu verlieren, ziemlich hoch. Und so kommt es dann auch, der Zloty fällt und fällt und fällt und alle Beteiligten schauen zu.

Zwischendurch geht der Zloty 10 Prozent gegenüber dem Kaufkurs vom 12. Juni in den Keller, das entspricht einem Verlust von Stiftungsmitteln von 180 Millionen DM und das Unglaublichste: Die versammelten Stiftungsvorstände, die versammelten Bankmanager schauen zu und tun überhaupt nichts! Tapfer bewerten sie den Zloty in ihren Finanzberichten an das Kuratorium mit dem Stand von Juni. Dann muss man den Verlust nicht ausweisen. Gleichzeitig entwickeln sie eine pfiffige Idee, wie man dieses satte Missmanagement gar nicht zu bemerken, geschweige denn zu ahnen braucht. Wir drehen die zum historischen Höchstkurs und damit entschieden zu teuer gekauften Zloty einfach den polnischen Opfern an. Sollen die doch für den Kursverlust einstehen. Dann haben wir nicht bei uns 100 bis 180 Millionen Mark Schaden, sondern jedes polnische Opfer „nur“ 800 bis 2.000 DM Verlust. Gesagt, getan. Zum nicht mehr aktuellen Zloty-Kurs wird seitdem das Geld nach Polen transferiert.

Unter Polens Verfolgten herrscht nackte Empörung. Und für diese Empörung haben unsere Stiftungsmanager ein Kompromisszückerchen entwickelt namens Zinsgewinn. Die überflüssigerweise gekauften Zloty liegen nämlich auf Zloty-Konten und weil der Zloty, wie wir gelernt haben, hochvolatil ist, muss man Anlegern auf solchen Konten mehr Zinsen zahlen als Anlegern in deutscher Mark, nämlich 9 bis 14 Prozent. Die Differenz zum deutschen Zinssatz, also 4 bis 9 Prozent will man jetzt großzügigerweise den polnischen Opfern oben drauf legen. Das Ganze hat nur einen Haken: Der Zloty ist volatil und wie die Deutsche Bank auf ihren Internetseiten fast monatlich zum Besten gibt, der Zloty bleibt volatil. Kann also gut sein, dass die Zinsdifferenz durch einen weiteren Kurssturz der polnischen Währung aufgefressen wird.

Was ist zu tun: Die Rolle der Banken muss aufgedeckt werden. Alle Unterlagen gehören auf den Tisch. Haben die Banken tatsächlich trotz laufender Warnung ihrer Analyseabteilung vor einem Kurssturz des Zloty zum Umtausch von 1.325 Milliarden DM in die polnische Währung am Tag, als diese ihren historischen Höchststand erreichte, geraten, liegt ein krasser Beratungsfehler vor. Die Banken haben zu haften. Das gilt auch für die nicht erfolgte Absicherung des Zloty gegen Kursverluste. Stiftungsvorstand und Mitarbeiter Dreher jedoch müssen sich fragen lassen, warum sie nachweislich Banken, die nie einen Groschen getauscht haben, gigantische Umtauschprovisionen auszahlen. Und vielleicht hängen ja beide Fragen zusammen?

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Lothar Evers ■

überleben...

G 54973
Nr. 3
Dezember 2001

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Weihnachtszeit, Jahreswechsel, persönliche und politische Bilanzen. Nüchtern fallen sie aus, für Euphorie wirklich kein Grund.

Die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft schuldet den Überlebenden der NS-Zwangsarbeit Ende 2001 noch immer einige hundert Millionen DM.

Im einzelnen:

Mindestens einhundert Millionen DM nicht korrekt abgeführte Zinsgewinne. Die in den USA verklagten Großunternehmen verwenden diese Zinsen lieber zur Reduzierung des eigenen Stiftungsbeitrages.

Über 100 Millionen DM wurden verspekuliert, als der Stiftungsvorstand, beraten von Deutscher, Dresdner und Commerzbank über 10% der liquiden Mittel ausgerechnet in die polnische Weichwährung „Zloty“ umtauscht. Nicht ohne den genannten Banken, für Rat und Umtausch eine Provision von fast vier Millionen DM zu bezahlen.

Sieben Millionen DM haben Unternehmen direkt bei der Bundesstiftung eingezahlt. Vielleicht hatten sie ja gute Gründe ihr Geld nicht bei der Stiftungsinitiative der Wirtschaft und deren Rechtssicherheitsfanatikern Gentz und Gibowski abzuliefern. Genützt hat es nichts.

Der Vorstand der Bundesstiftung, an Mehreinnahmen wohl nicht interessiert, meldet diese Zahlungen der Wirtschaftsinitiative und schon sind die sieben direkt gezahlten Millionen von deren Beitrag abgezogen.

Lothar Evers

Fortsetzung Seite 2

Fotos: Thomas Frey

Regina Suderland vor den ehemaligen „Israelitischen Heil-und Pflegeanstalten“ in Bendorf-Sayn.

Insel im Irrsinn

Die Geschichte von Regina Suderland mitten im Nazi-Deutschland

Regina Suderland ist eine der ersten Mandantinnen und auch Mitglied des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte. Seit 1991 ist sie Mitglied des Vorstands, seit Mai 2000 erste Vorsitzende des Bundesverbandes.

Sie kam 1941 mit ihrer Familie. Ein junges Ding, voller Neugierde auf die Welt. Eher aus Verlegenheit wurde Regina Suderland Hilfsschwester in der damaligen Nervenklinik in Bendorf-Sayn. Eine vergessene Enklave der Humanität für jüdische Geisteskranke – mitten im wahnsinnigen Nazi-Deutschland.

Anfangs fürchtet sie sich ein wenig vor den entrückt wirkenden Männern und Frauen, die in den Fluren oder im Park ihre stillen Kreise ziehen, der Vater, Oberpfleger Benno Hermanns, macht der angehenden Hilfsschwester Mut: „Tu einfach so, als seien sie ganz normal.“

60 Jahre ist das jetzt her. Wenn Regina Suderland die Augen schließt, sieht sie die Szene vor sich, als wäre sie gestern passiert. Klein und zierlich steht die heute 75-Jährige im bunt verglasten Wintergarten der ehemaligen „Israelitischen Heil- und Pflegeanstalten“ und blättert in den Bildern ihrer Erinnerung. „Es gibt Zeiten“, sagt sie, „da ist eine Menge Irrsinn ganz normal.“

Normal ist es im nationalsozialistischen Deutschland zum Beispiel, dass plötzlich alle noch lebenden jüdischen Geisteskranken nach Bendorf-Sayn in die damals größte deutsche Nervenklinik verlegt werden. Normal ist auch, dass sie dort nur von Juden betreut werden dürfen und dass die Gestapo ihnen erst Geld und Schmuck, später auch Kleider und Möbel abnimmt. Und irgendwann ist es auch normal, dass Patienten samt Pfleger zum Bahnhof gebracht, in einen Zug gepfercht und nach Polen deportiert werden.

Weiter S. 2

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE

Der Artikel erschien in „Überleben...“ 3-01, der Zeitschrift des Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte. Die Zeitschrift kann über den Bundesverband auch im Abo bezogen werden: Holweider Str. 13-15, 51065 Köln, Tel. 02221-612041, www.ns-beratung.de, email: info@nsberatung.de

Freiheit für Mumia Abu Jamal!

Nach Meldungen von AP und amerikanischen TV-Stationen hat Richter Yohn das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal am Dienstag 18.12. vorerst aufgehoben. Er setzte eine Frist von 180 Tagen (6 Monate), in der das Strafmaß neu verhandelt werden könne, andernfalls würde das Urteil in „Lebenslänglich“ umgewandelt werden.Richter Yohn nennt Verfahrensfehler im Prozess vor 20 Jahren als Grundlage seiner Entscheidung. Nicht berücksichtigt ist dabei die entlastende Aussage von Arnold Beverly oder weitere entlastende Beweise, die im Laufe diesen Jahres bekannt geworden sind. Mumia und Philadelphia gerieten erst kürzlich in die Schlagzeilen, als die friedliche Demonstration zum internationalen Aktionstag für die Freiheit von Mumia am 8.12. von der Polizei angegriffen wurde.

Wir fordern die sofortige Enthaftung von Mumia Abu Jamal!

Ökologische Linke (ÖKOLI), Wien ■

„Menschenjäger“ eine zulässige Wertung

ÖSTERREICH. Letzten März wurde dem Journalisten Karl Pfeifer Schadenersatz zuerkannt, da ein Schreiberling der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit“ behauptet hatte, dass er gegen den Politologen Werner Pfeifenberger eine „Menschenhatz eröffnet (habe), die in der Folge bis zum Tod des Gehetzten gehen sollte“. Pfeifenberger hatte zuvor rechtsextreme und revisionistische Artikel verfasst, die schließlich zu einer Anzeige gegen ihn wegen NS-Wiederbetätigung führten. Noch vor dem Prozess beging Pfeifenberger Selbstmord.

Das Urteil wurde nun vom Oberlandesgericht aufgehoben, da das „Tatsachensubstrat richtig sei“ – Pfeifer hatte Pfeifenberger in einem Artikel „Nazidiktion“ vorgeworfen – und die „Menschenhatz“ somit eine zulässige Wertung darstellt. (Quelle: http://derstandard.at)

Aus der neuen Ausgabe von „böses Österreich“,
Rosa Antifa Wien,
E-Mail: raw@raw.at
Web: http://www.raw.at ■

Dokumentiert: Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlags zum Abschluss des 8. bundesweiten und internationalen Friedensratschlags Kassel, Dezember 2001

Friedenspolitische Alternativen im Wahlkampf zum Thema machen!

Erstmals seit Ende des zweiten Weltkrieges ist Deutschland mit allen Waffengattungen wieder weltweit zum Kriegseinsatz bereit. Interventionen und Krieg sind unter der rot/grünen Bundesregierung zu einem normalen Bestandteil deutscher Politik geworden. Damit missachtet die rot-grüne Bundesregierung die furchtbaren Erfahrungen unseres Landes mit Krieg und Faschismus.

Zu dieser Politik gibt es nach Regierungsansicht keine Alternative. Deshalb werden Kritiker diffamiert, abweichende Meinungen, die sich auch innerhalb der Regierungsparteien äußern, mit Ausgrenzung bedroht. Durch außen- und innenpolitische Militarisierung verabschiedet sich die Berliner Republik endgültig von den antifaschistischen, antimilitaristischen und demokratischen Wurzeln Nachkriegsdeutschlands.

Deutschland soll wieder als „normale" Militärmacht dabei sein, wenn es um geopolitische Interessen, um die Kontrolle der Bodenschätze, der Energiequellen, um Erdöl und Erdgas geht.

Im „Kampf gegen den Terror" wurde am 16. November 2001 im Deutschen Bundestag eine umfassende Kriegsermächtigung mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem sehr weit reichenden Einsatzraum beschlossen. Mit „Mittelasien", „Nordostafrika" und „Zentralasien" kann vieles gemeint sein. Der Irak kann ebenso Kriegsziel sein wie Somalia, der Sudan oder Libyen. US-Präsident Bush will den für lange Zeit geplanten und notfalls mit allen Arten von Waffen zu führenden Krieg über Afghanistan hinaus auch in andere Länder tragen.

Wir sagen: Soldaten der Bundeswehr haben dabei nichts zu suchen. Wir fordern das sofortige Ende des Krieges in Afghanistan und die Absage an alle weiteren Militäreinsätze, die im Zeichen des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus" geplant sind. Unser NEIN zum Krieg ohne Wenn und Aber ist eine grundsätzliche Absage an den Krieg, aus humanitären, moralischen, politischen und auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Außer zur Selbstverteidigung ist Krieg selbst Terror und schon deshalb kein geeignetes Mittel zur Terrorbekämpfung. Jeder Krieg nimmt den Tod und das Leid unschuldiger Menschen in Kauf, er ruft weiter gesteigerten Hass und neue Gegengewalt hervor und gibt dadurch dem Terrorismus weitere Nahrung.

Der weltweit auftretende Terrorismus muss im Rahmen einer international anerkannten Rechtsgrundlage unter Verantwortung der Vereinten Nationen bekämpft werden. Ein Internationaler Strafgerichtshof ist von Staaten, einschließlich den USA, anzuerkennen. Ein Recht auf Rache gibt es international ebenso wenig wie im nationalen Bereich ein Recht auf Selbstjustiz.

Mehr Schutz gegen den Terrorismus erwächst vor allem aus sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Die verheerenden Folgen einer neoliberalen Globalisierung, die ausschließlich die reichen Industrieländer begünstigt, müssen beseitigt werden, gerechte Handelsbeziehungen und mehr Entwicklungshilfe sind notwendig, Abrüstung statt Aufrüstung kann Mittel für humanitäre Programme freisetzen. Die traditionelle auf Waffen beruhende Politik erweist sich mehr und mehr als untauglich. Da hilft es auch wenig, immer neue Rechtfertigungen für Militäreinsätze vorzubringen. Dominierten im Golfkrieg und beim Somaliaeinsatz die angebliche Stärkung der UNO, führte man den Jugoslawienkrieg für die Menschenrechte und gegen Völkermord, so werden jetzt zwar auch Frieden und Menschenrechte, aber vor allem Sicherheit und Stabilität als Kriegsziele genannt. Bei keinem dieser Kriege wurden die angegebenen Ziele erreicht.

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Nach dem Abschied der Mehrheit der Regierungsparteien von einer friedensorientierten Politik und von der Friedensbewegung gilt es umso mehr, die außerparlamentarischen Kräfte zu stärken. Die Diskrepanz zwischen Volkswillen auf der einen und Parlaments- sowie Regierungshandeln auf der anderen Seite wächst. Daraus ergeben sich Möglichkeiten, neue und breitere Koalitionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu entwickeln.

Wir werden zeigen, dass es realistische Alternativen zum Regierungskurs gibt, und wir werden unsere friedenspolitischen Alternativen auch in Wahlkämpfen zum Thema machen. Damit wollen wir dazu beitragen, dass möglichst viele Rüstungsgegner aus verschiedenen Parteien in den nächsten Bundestag einziehen.

Wir wollen eine breite Bewegung entwickeln, die Fragen des Friedens und der Sicherheit in einer großen öffentlichen Debatte thematisiert, für eine konsequente Friedenspolitik gesellschaftliche Mehrheiten gewinnt und diese Politik durchsetzen hilft.

Dass deutsche Außenpolitik Friedenspolitik wird, ist nur durch neue Anstrengungen der Friedensbewegung zu erreichen. Politik braucht Alternativen. Dafür stehen wir.

Wir werden weiter für eine Außenpolitik arbeiten, die den Namen Friedenspolitik verdient. Das bedeutet Abrüstung, nichtmilitärische Konfliktlösung und internationale Solidarität. Wir lehnen die neue NATO-Strategie, den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee und die Beschaffung neuer Waffen ab. Wir verlangen die Auflösung der sogenannten Einsatzkräfte („Krisenreaktionskräfte"), die Reduzierung des Rüstungshaushaltes und ein Verbot des Waffenexports. Wir fordern den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, die durch Abrüstung eingesparten Gelder in zivile Projekte zu investieren.

Wir verlangen schließlich die Rücknahme der sog. Antiterrorgesetze, weil Frieden und Sicherheit nicht durch Abbau demokratischer Rechte zu gewährleisten sind. Wir unterstützen den Appell gegen den Umbau der Bundeswehr in eine Angriffsarmee: „Kriege verhindern - →

'Einsatzkräfte' auflösen". www.friedensratschlag.de, www.imi-online.de)

Wir unterstützen den Appell „Raketen abrüsten - statt abwehren!", worin die Bundesregierung aufgefordert wird, jede Beteiligung an einem Raketenabwehrsystem abzulehnen und die Regierungen der USA und Europas zum Verzicht darauf zu bewegen. (www.friedenskooperative.de/abschaff.htm)

Wir unterstützen die vielfältigen Kampagnen für ein Verbot des Rüstungsexports. (Buko - Stoppt den Rüstungsexport, Tel. 0421-326045; Stop-arms-trade@t-online.de. „Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!" Tel. 0611-9102350; AntiRexpo@t-online.de)

Wir wissen uns mit der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung einig und fordern mit ihnen ein Ende der Gewalt im Nahen Osten. Voraussetzung hierfür ist vor allem die Beendigung der israelischen Siedlungspolitik, welche für die Palästinenser Jahrzehnte dauernde Unterdrückung und Benachteiligung bedeutet. Eine Lösung des Konflikts ist nur möglich, wenn die beteiligten Parteien als gleichberechtigte Partner anerkannt werden und wenn ausschließlich zivile Mechanismen zur Konfliktregulierung eingesetzt werden. Hierzu scheint eine internationale Vermittlung unverzichtbar zu sein.

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Embargo gegen den Irak zu beenden und die Sanktionen gegen den Irak nicht länger zu beachten. Das irakische Volk hat genug gelitten. (http://www.embargos.de) *Kassel, den 2. Dezember 2001*

Bundesausschuss Friedensratschlag ■

Scharpings Waffenhandel mit ausgemusterten Rüstungsgütern

Exportgeschäfte mit dem Tod!

Interview mit Jürgen Grässlin, Autor mehrerer Sachbücher über Rüstung, Militär und Wirtschaftspolitik, Vorstand im Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg (RIB e.V.), Bundessprecher der DFG-VK

?? *Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat Mitte November an Militärattachés in 53 deutschen Botschaften einen Katalog verschickt, in dem ausgemusterte Waffen und Kriegsgeräte zum Verkauf angeboten werden. Welche Waffensysteme beinhaltet Scharpings Waffenkatalog?*

JG: Der 46 Seite starke Katalog umfasst preisgünstige Second-Hand-Waffen und damit alles, was vor allem des weniger zahlungskräftigen Kunden Herz begehrt: 699 Leopard-Panzer der ersten Generation, 267 Flugabwehrpanzer Gepard, 589 Schützenpanzer Marder, Minenwurfsysteme, Panzerhaubitzen, Flussfähren, zwei U-Boote, zwei Zerstörer, Kampfflugzeuge vom Typ Phantom sowie 54 Tornados. Die Preise werden wie auf dem arabischen Bazar bestimmt. Wer am meisten bietet, erhält den Zuschlag.

?? *Darunter auch Waffen der NVA?*

JG: Dass auch MiG-29-Kampfflugzeuge der NVA angeboten werden, ist besonders brisant. Noch Anfang der neunziger Jahre malte die Hardthöhe das Schreckgespenst einer übermächtigen sowjetischen Luftwaffe an die Wand. Die als gefährlichstes und effektivstes Angriffsflugzeug der Welt apostrophierte MiG-29 galt den Bundeswehroffizieren als das zentrales Argument, die 40 Milliarden Mark teure Beschaffung des Eurofighters durchzusetzen. Mit der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation und der deutsch- deutschen Vereinigung gelangte die Bundeswehr in den Besitz der MiG-29. Seither wird das russische Flugzeug schlecht geredet und soll jetzt auf dem Weltmarkt verscherbelt werden. Allein dieser Vorgang zeigt, wie verlogen die Argumentation bei Waffenbeschaffungen und Rüstungsexporten ist.

?? *Adressaten sind nicht nur NATO-Länder, sondern auch Staaten wie Brasilien, Australien, Chile, Nigeria, Ghana und Malaysia. Verträgt sich das mit geltenden Rüstungsexport-Richtlinien?*

JG: Das Verteidigungsministerium brüstet sich damit, dass die menschenrechtsverletzenden Militärs in der Türkei nicht auf der Kundenliste stehen. Das Argument ist lächerlich, wenn man weiß, dass die Türkei angesichts der dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise derzeit gar nicht in der Lage ist, ein solches Waffenarsenal - das nur im Gesamtpaket abgegeben werden soll – zu erwerben. Der Bundessicherheitsrat entscheidet über brisante Waffentransfers. Zweifelsohne wäre dieses geheim tagende Gremium zuständig, vor allem wenn man bedenkt, an welche menschenrechtsverletzende Scheindemokratien geliefert werden soll. Keines der genannten Länder bietet die Garantie, dass die Waffen nicht alsbald zum tödlichen Einsatz kämen. In Nigeria – um nur ein Beispiel zu nennen – fordern Unruhen zwischen ethnischen Gruppen immer wieder für Hunderte von Toten. Natürlich kann das nigerianische Militär die Waffen zum Schutz der Ölförderanlagen im Niger-Delta gebrauchen. Rudolf Scharping zählt zu den Menschen, die gerne über Humanität reden, die Bundeswehr für Menschenrechte in Kriegsgebieten bomben lässt und gleichzeitig Waffen meistbietend an Hungerländer oder in Spannungsgebiete wie den Nahen Osten oder Südostasien verkauft.

?? Außenminister Fischer hat per Rund erlass an die deutschen Botschaften Scharpings Gebrauchtwaffenverkauf gestoppt. Nur grüne Profilierung?

JG: Schon oft hat Joschka Fischer pro forma sein Veto im Bundessicherheitsrat eingelegt und anschließend artig geschwiegen, so dass stillschweigend exportiert werden konnte und die grüne Seele rein gewaschen war. An der GRÜNEN-Basis mag es ernst gemeinte Kritik an Waffenexporten zu geben, jedoch längst nicht mehr in der Partei- und Fraktionsspitze.

??*Anfang Januar 2000 hat die rotgrüne Bundesregierung schärfere Richtlinien für Rüstungsexporte verabschiedet. Hat sich seitdem die herrschende Praxis geändert?*

JG: Bereits im ersten Jahr der Schröderschen Koalition verdoppelte sich die Summe legaler Rüstungsexporte auf 1,33 Milliarden Dollar. Der Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI für das Jahr 2000 bestätigt den Trend und widerlegt die Behauptung, die Steigerung des deutschen Rüstungsexports ginge vor allem auf Altaufträge aus der Ära Kohl zurück: Mit Verkäufen von mehr als rund 2,5 Milliarden Mark rangiert die Bundesrepublik weltweit mittlerweile sogar auf Platz drei der Waffenhändler. Als ich mich vor wenigen Wochen mit Kurden in der Türkei getroffen habe, erreichte mich dort die Nachricht, dass die Bundesregierung dem Aufbau einer Munitionsfabrik mit Beteiligung von Fritz Werner in Geißenheim sowie der Lieferung von Zündern der Nürnberger Firma Diehl an das türkische Militär zugestimmt hat. Das ist Rot-Grüne Beihilfe zum Morden in den Bergen von Kurdistan. Anstatt die auszumusternden Waffen zu verschrotten, setzen jetzt auch Schröder und Scharping verstärkt auf finanzielle Einnahmen durch Waffentransfers. Die kommende Bundestagswahl steht an, was für uns bei RIB – aber auch für die gesamte Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Bewegung – nur eines heißen kann: Aufklärung über den Export und Einsatz deutscher Waffen, aktiver Widerstand gegen weitere Rüstungsexporte durch gewaltfreie Aktionen vor Werkstoren der Waffenschmieden und gegebenenfalls erneut Strafanzeige gegen die Bundesregierung – diesmal allerdings gegen Rot-Grün.

Fragen: Martin Höxtermann ■

Schutzrechte für Kinderflüchtlinge – Pro Asyl drängt auf Verwirklichung

FRANKFURT A.M. Anlässlich der Verleihung des mit 10.000 DM dotierten ‚Blauen Elefanten für Kinderrechte' durch den Deutschen Kinderschutzbund und die Ravensburger Ratgeber im Urania-Verlag an PRO ASYL erinnerte der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Heiko Kauffmann, die Parteien der Regierungskoalition, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, an die Beschlüsse ihrer letzten Parteitage zur Rücknahme der Vorbehaltserklärung und zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Auch nach entsprechenden Beschlüssen des Bundestages vom 30.9.1999 und vom 5.12. 2000 sowie einer Entscheidung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 26.9.2001 – zugunsten einer Petition von PRO ASYL – habe die Bundesregierung ihre Verweigerungshaltung gegenüber der Verwirklichung von Schutzrechten für Kinderflüchtlinge bisher nicht aufgegeben. Im Gegenteil verstoße der Entwurf von Innenminister Otto Schily für ein neues Zuwanderungsgesetz mit der weiteren Herabsetzung des Nachzugsalters gegen völkerrechtliche Bestimmungen und europäische Standards. „Im Umgang mit der schutzbedürftigsten Gruppe von Flüchtlingen, den unbegleiteten Kinderflüchtlingen, zeigt die ‚zivilisierte Welt' wie zivilisiert sie wirklich ist", mahnte Kauffmann Politik und Gesellschaft. Er fordert Bundestag und Bundesregierung auf, „Menschenrechte und Kinderrechte nicht länger immer nur zu proklamieren, sondern im konkreten Fall endlich zur Geltung zu bringen." *www.proasyl.de* ■

Tödliche Brechmittelvergabe: Misshandlungen beenden!

HAMBURG. Der Tod des 19-jährigen Kameruners Achidi J. (wir berichteten in AN 26-01) hat für eine breitere Öffentlichkeit ein Schlaglicht auf die brutale Praxis der gewaltsamen Brechmittelvergabe geworfen. Die Reaktionen sind gespalten.

Zum einen fordert der Stammtisch, zugleich gedeckt und getrieben von der herrschenden Politik und die herrschende Politik treibend, den Brechmitteleinsatz jetzt erst recht und gerade mit Bedacht auf die möglichen Folgen für Leib und Leben der Opfer.

Zum anderen stellen sich, mit unterschiedlicher Begründung und Motivation, Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Institutionen gegen die Fortsetzung, die bisher geschwiegen hatten, so Pumm vom DGB und Maria Jepsen von der Nordelbischen Kirche.

Der DGB führt am 9.1.02 eine Podiumsdiskussion mit entschiedenen Verfechtern und Kritikern durch.

Ein wichtiges Ereignis in der öffentlichen Auseinandersetzung ist die Weigerung von 57 Anästhesisten des UKE, der Dienstanweisung des Ärztlichen Direktors Jüde zu folgen, sich bei einem Zwangseinsatz von Brechmitteln im Rechtsmedizinischen Institut bereit zu halten, um gegebenenfalls unmittelbar Notfallmaßnahmen einleiten zu können. „Durch unsere Anwesenheit werden medizinische Maßnahmen unter Zwang oder unter Anwendung von Gewalt abgesichert und möglich gemacht", begründen die Ärztinnen und Ärzte ihre Weigerung. Wie sie lehnen auch 28 Pflegekräfte in einem zweiten Protestschreiben die zwangsweise Brechmittelvergabe ab; sie fordern gegenüber dem Ärztlichen Direktor, „sich dafür einzusetzen, dass in der Öffentlichkeit mit dem Namen unseres Universitätsklinikums medizinische Maßnahmen unter Zwang oder Anwendung von Gewalt nicht weiter verbunden werden".

Von der Black Community organisierte Demonstration am 14.12. Bild: indymedia

Strafanzeige gestellt

Derweil ist eine von einer größeren Gruppe von Menschen getragene Strafanzeige gegen die Personen, die an der Misshandlung des Kameruners unmittelbar beteiligt waren, und gegen die verantwortliche Behördenspitze bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Die Staatsanwaltschaft ist aufgefordert, wegen einer vorsätzlichen gefährlichen Körperverletzung gemäß 224 StGB, einer schweren Körperverletzung gemäß § 226 StGB, einer Körperverletzung im Amt gemäß §340 StGB und einer Körperverletzung mit Todesfolge gem. § 227 StGB bzw. wegen fahrlässiger Tötung gem. § 222 StGB und fahrlässiger Körperverletzung gem. § 229 StGB zu ermitteln.

Gegenstand der Strafanzeige ist erstens die Tatsache, dass die zuständige Ärztin das Tatopfer vor dem Zwangseingriff nicht gründlich untersucht hat, obwohl die zwangsweise Einführung mittels einer Magensonde bei einem Menschen, der sich wehrt, ein erheblicher und gefährlicher Eingriff ist und obwohl der Einsatz des Brechmittels Ipecacuanha medizinisch umstritten ist. In der medizinischen Literatur wird u.a. Folgendes über das Brechmittel berichtet: „... beständige Übelkeit, die alle denkbaren Beschwerden begleitet ... Ein weiterer Wirkungsbereich... sind die Atmungsorgane. Es wirkt auf Asthma ..., auf Husten und auf Keuchhusten. Dabei bildet sich viel Schleim, der aber nicht abgehustet werden kann. Die Atmung wird rasselnd und es entsteht Atemnot. Dabei ist die charakteristische Übelkeit vorhanden, und beim Husten werden Speisen oder Schleim erbrochen. ... Ipecacuanha bewirkt auch Blutung. Es kann aus allen Körperöffnungen bluten, der Patient verliert sehr viel Blut in kurzer Zeit, und ihm ist übel. Das Blut ist hellrot und gerinnt schlecht ..."
(Quellenverweis: http://home.t-online.de /home/stefan.penzhofer/Material-Ipecacuanha.html)

Ipecacuanha-Sirup sei aus mehreren Gründen in der Diskussion. „Zum einen dauert es ziemlich lange (bis zu 30 Minuten), bis das Erbrechen ausgelöst wird. Zum anderen wirkt es nicht immer. Ipecacuanha selbst kann kardiotoxische Nebenwirkungen verursachen."
(Quellenverweis:http://www.gifte.de /Ipecacua.html)

Auch ist, so heißt es in der Strafanzeige, der Umstand medizinisch erwiesen, dass beim Einführen der Sonde in den Hals der nervus vagus erheblich gereizt wird. Diese Reizung kann zu Herzrhythmusstörungen bis hin zum Herzstillstand führen. Deshalb lägen bei der Ärztin, die keine Voruntersuchung vorgenommen hat, die Voraussetzungen einer fahrlässigen Tötung oder mindestens einer fahrlässigen Körperverletzung vor.

Es besteht der Strafanzeige zufolge allerdings darüber hinaus der Verdacht einer vorsätzlichen Tat, und zwar auch dann, wenn man nicht der Rechtsauffassung des OLG Frankfurt folgt, sondern der herrschenden Rechtsprechung. (Das OLG Frankfurt hatte Mitte der 90er-Jahre festgestellt, dass die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren und ein unerlaubter Eingriff in die körperliche Unversehrtheit darstellt. Andere Oberlandesgerichte hatten sich danach über solche Bedenken hinweggesetzt.) In der Strafanzeige wird ausführlich ausgeführt, dass es sich beim Eingriff um ein länger dauerndes, abgestuftes Geschehen handelte (mindestens 1 Stunde)! „Es wurden drei Versuche unternommen. Es war ein bewegtes Geschehen, das die Beteiligten immer wieder mit der Bedeutung und den Folgen ihres Eingriffs konfrontierte und sie immer wieder zu neuen Entscheidungen zwang. Es ist gerade nicht so, dass den Beteiligten die Sache ‚über den Kopf wuchs' oder dass sie durch eine chaotische Situation zum Handeln ‚getrieben' wurden." Sie waren berufserfahren und sachkundig und physisch durchaus in der Lage, das Tatopfer zu bezwingen. „Das Tatopfer war nicht passiv. Es machte seine physische und psychische Befindlichkeit deutlich ... Die Beteiligten konnten sich ein Bild von seinem Zustand und von den möglichen Folgen ihres Handelns machen." „Bei dem Eingriff gab es offensichtlich mehrere Zäsuren. Eine Zäsur trat ein, als aufgrund des sich steigernden Widerstands des Tatopfers ein erster Versuch, dem Tatopfer das Brechmittel gewaltsam einzuflößen, gescheitert war. Berichtet wird, dass die Ärztin eine weitere Streifenwagenbesatzung zur Verstärkung anforderte. Das Tatopfer hatte panisch um sich geschlagen und immer wieder gerufen: ‚I will die'. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits zu der ... erheblichen Reizung des nervus vagus gekommen. Das Tatopfer war daher unmittelbar gefährdet. Der Versuch hätte unverzüglich abgebrochen werden müssen. Stattdessen erfolgte die Eskalation."

Die Strafanzeige (wie weitere gestellte bzw. angekündigte Strafanzeigen) ist ein wichtiger Beitrag in der Auseinandersetzung um die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln, weil sie auf die Klarstellung zielt, dass das Leben eines afrikanischen Menschen so unantastbar ist wie jedes Menschenleben – eine Klarstellung, die angesichts der Praxis der Brechmittelvergabe und angesichts der ekelerregenden rassistischen Stimmungsmache dringend erforderlich ist. Und weil sie darauf zielt, skrupellose Ärzte und Ärztinnen, die sich durch den Hippokratischen Eid von der Beteiligung an einer solchen Misshandlung nicht abhalten lassen, wenigstens durch die Androhung einer Strafverfolgung abzuhalten. *scc* ■

Bildungsmisere und Ziele in der Integrationspolitik

■ Mehrsprachigkeit als gesellschaftlicher Vorteil

Durch die im Auftrag der OECD erarbeitete PISA-Studie ist dem deutschen Bildungssystem bescheinigt worden: Es festigt die sozialen Ungleichheiten und Ungleichheiten in den Vorraussetzungen von Schülern. Die Bildungsgeinrichtungen haben somit die Funktion von Aussortiermaschinen. Dies trifft insbesondere Familien mit Migrationsgeschichte. Für Kinder aus Zuwandererfamilien ist die Sprachkompetenz die entscheidende Hürde in ihrer Bildungskarriere. Die Studie kommt zu dem Ergebnis: Während in Deutschland die Kopplung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation ungewöhnlich straff ist, gelingt es anderen Staaten ganz unterschiedlicher geographischer Lage und kultureller Tradition, trotz ähnlicher Sozialstruktur der Bevölkerung, die Auswirkungen der sozialen Herkunft zu begrenzen. Dies ist in der Regel auf eine erfolgreichere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten zurückzuführen.

■ Plädoyer für eine rationale Pädagogik

Die in der Studie genannten Missstände sind von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu schon vor Jahren benannt worden. „Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin, auszubilden sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eleminierung verantwortlich sind."

Er plädiert für eine rationale Pädagogik, die vom Kindergarten bis zur Hochschule ganz selbstverständlich nach den sozialen Voraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schüler fragt und den Schein der Chancengleichheit nicht gerade dadurch zementiert, indem die unterschiedlichen Voraussetzungen, vielleicht durchaus in wohlwollender Absicht, ignoriert werden. Sie hat die Vorsprünge nicht vorauszusetzen, die die Kinder des Bildungsbürgertums mitbringen, sondern sie zu reflektieren und die Differenz systematisch in den Lehrplan einzubeziehen.

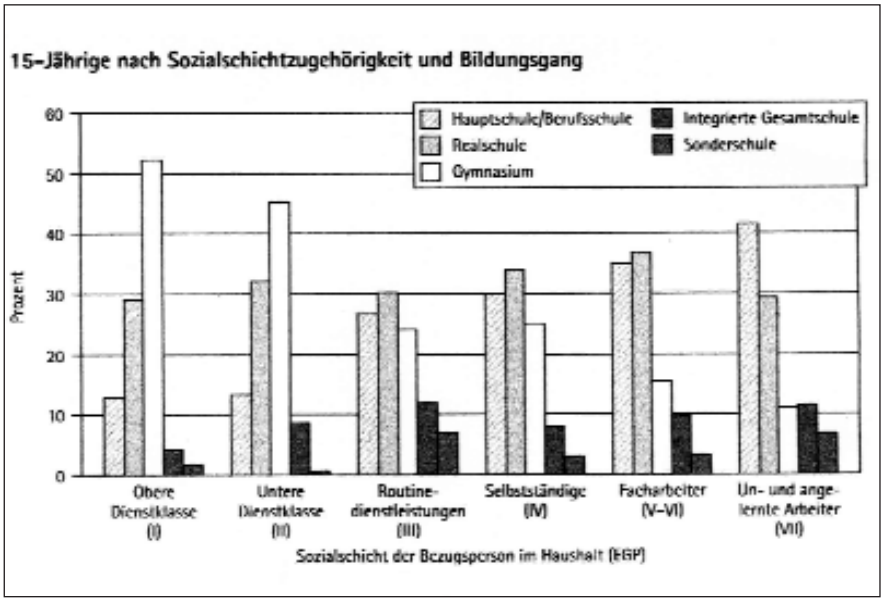
So müsste viel größeres Gewicht auf die Ausbildung des Lehrpersonals, auf Vermittlungstechniken und die Kontrolle des wirklich Gelernten gelegt werden.

■ Migrantenunterricht im Schulsysten integrieren

Das Integrationskonzept der Landesregierung von Schleswig-Holstein hat hier Vorschläge entwickelt, die mit dem Begriff der „interkulturellen Bildung" und frühen Sprachförderung vom Kindergarten an umschrieben sind. Dabei wird auch die Förderung der Mehrsprachigkeit, das heißt Erlernen der Muttersprache und „Deutsch" als Zweitsprache, thematisiert.

In Elmshorn z.B. gibt es „muttersprachlichen Unterricht" für türkische und polnische Grundschulkinder.

Fortsetzung S. 14



Fortsetzung von Seite 13

Der mittlerweile gegründete Verein zur Förderung der polnischen Kultur und Sprache setzt sich zum Ziel, polnischen Kindern die Möglichkeit zu erhalten, ihre sprachliche und damit auch soziale Kompetenz in beiden Sprachen, deutsch und polnisch aufzubauen bzw. zu stärken. Drei Lehrerinnen, die in Polen pädagogisch ausgebildet wurden, unterrichten 25 Kinder in den Klassen 1 bis 5 sowie einer Vorschulklasse. Die Arbeit der Lehrkräfte wird von den Eltern finanziert. Die Schüler nehmen zusammen mit ihren Eltern an allen Ereignissen der europäischen Kultur in Elmshorn teil.

Der Schulunterricht für türkische Kinder umfasst die Fächer Türkisch, Geschichte, Erdkunde, Musik und Kulturelle Aktionen. Ziele der Lehrkäfte sind dabei, die Kinder in der Orientierung an eine multikulturelle Gesellschaft zu unterstützen. Zur Zeit werden 150 Schüler und Schülerinnen unterrichtet. Die Lehrkräfte erhalten ihr Honorar vom türkischen Staat. Alle anderen Kosten werden vom Türkischen Elternbund aufgebracht.

Benachteiligungen ergeben sich allein durch den Tatbestand, dass die Lernangebote am Nachmittag stattfinden müssen, wo die Kinder schon einen ganzen Schultag hinter sich haben. Es findet auch keine Absprache mit den Lehrern der Grundschule über Lehrinhalte statt. Das heißt, diese Unterrichtsangebote sind vom konventionellen Schulbetrieb ausgegrenzt.

Der Arbeitskreis für interkulturelles Zusammenleben der Stadt hat die Spenden, die auf dem Weltkindertag gesammelt wurden, diesen beiden Schuleinrichtungen zukommen lassen. Mit einer Unterstützung aus dem Etat der Integrationsbeauftragten soll auch darauf hingewiesen werden, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Die durch die OECD-Studie aufgedeckten Defizite, sowie die Schwerpunkte des Integrationskonzeptes der Landesregierung können die Chance eröffnen, in Elmshorner Bildungseinrichtungen neue Wege zu gehen.

Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass das Erlernen der Muttersprache erst die Voraussetzung zum Erlernen des „Deutschen“ als Zweitsprache schafft, muss den Schulalltag bestimmen. Eine Bildungskonferenz mit allen Beteiligten steht auf der Tagesordnung. *rua* ■

Quellen: PISA-Studie; Integrationskonzept der Landesregierung; Bourdieu „Wie die Kultur zum Bauern kommt“, VSA Verlag; Pressemitteilungen der türkischen und polnischen Schule

:neuerscheinungen

Menschenrechte und Schurkenstaaten

Ein Buch von Noam Chomsky über „War Against People“

Dieses Buch wurde vor dem 11. September geschrieben. Schon deshalb läuft der Autor nicht Gefahr, mit den Schreibern verwechselt zu werden, die in kürzester Zeit nach diesem Datum ihre Ergüsse zum Verramschen auf die Wühltische in den Büchermarkt warfen. Der zweite und bedeutsamere Vorteil dieser „Vorzeitigkeit“ besteht darin, dass aus der zeitlichen Perspektive vor dem Ereignis der Krieg gegen Afghanistan seine historische Singularität als ein vermeintlicher Krieg gegen Taliban und Bin Laden verliert und er wieder in die historische Kontinuität gerückt wird, in die er gehört. Eine Kontinuität, die nach 1945 von Korea und Kuba, über Vietnam nach Libyen, nach Nikaragua und in den Irak führt. Die genannten Beispiele sind aus der Erinnerung sofort abrufbar. Die Kontinuität von der hier die Rede ist, umfasst aber in 56 Jahren 109 Kriege und Militäroperationen in 37 Ländern und Regionen.*

Stellvertreterkriege und Geheimdienstoperationen sind dabei nicht mitgezählt.

Bei aller Kontinuität des staatlichen Terrors und sich wiederholender Szenarien, eine Diskontinuität hat die Politik der Herrschenden in Washington D.C. erreicht. Auf dem Höhepunkt des US-amerikanischen Krieges gegen Vietnam gab es eine starke Friedensbewegung und es gab kritische liberale bis linke Intellektuelle in den USA. Beides ist kaum noch wahrnehmbar und der Rest wird durch CNN und den medialen Mainstream übertönt.

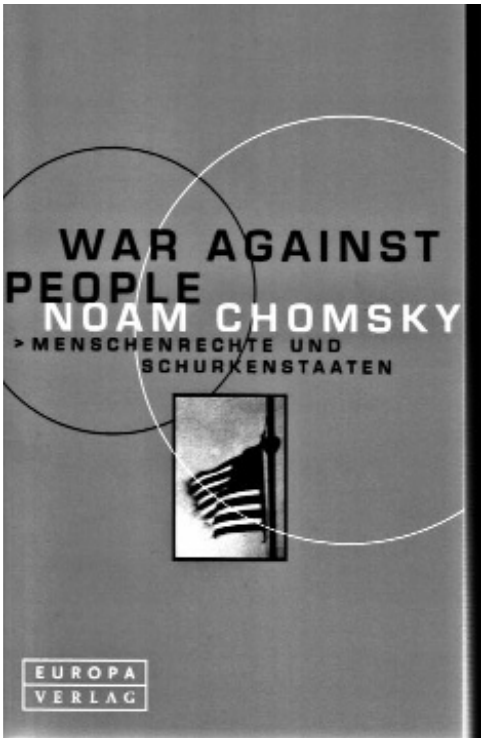
Einer der Hörbargebliebenen ist der Autor des besprochenen Buches, der politische Aktivist Noam Chomsky, Jahrgang 1928 und von Beruf Sprachwissenschaftler. Er ist seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist Träger von zehn Ehrendoktorwürden und etlicher anderer hoher Auszeichnungen und Preise, Mitglied der American Academy of Art and Sciences und der National Academy of Science und Autor mehrerer international weit verbreiteter Bücher über Linguistik, Philosophie und Politik. Zuletzt erschien auf deutsch „Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung“, eine alarmierende und vernichtende Kritik an der „Logik des freien Markts“.

Die New York Times würdigt Noam Chomsky als den bedeutendsten lebenden Intellektuellen – und beklagt zugleich seine radikale Haltung gegenüber der US-Außenpolitik. Als ob es zwischen diesen beiden Seiten seiner Persönlichkeit nicht einen notwendigen Zusammenhang gäbe. Der Wochenzeitung „Zeit“ gilt Chomsky als „der einzige Intellektuelle von Rang, der für die eigentlich antiintellektuelle Bewegung der Globalisierungsgegner überhaupt eine Rolle spielt“.

Kapitel I seines Buches ist mit einer Frage überschrieben: „Eine Galerie der Schurken - Wer gehört dazu?“. Chomsky beginnt mit einer Definition: „Wie viele andere Begriffe des politischen Diskurses wird der Terminus ‚Schurkenstaat’ auf zweierlei Weise verwendet: zum einen propagandistisch, um ausgewählte Feinde zu kennzeichnen, zum anderen wörtlich, um damit Staaten zu beschreiben, die sich selbst an internationale Regeln und Abmachungen nicht gebunden fühlen. Die Logik lässt erwarten, dass die mächtigsten Staaten unter die zweite Kategorie fallen, sofern ihnen nicht innenpolitische Beschränkungen auferlegt werden. Diese Erwartung wird von der Geschichte bestätigt.“ (S. 7)

Im Kapitel II geht Chomsky weiter auf die differenzierte Verwendung des Begriffs ein. So gilt Kuba in der Sprachregelung wegen angeblicher Verstrickung in den internationalen Terrorismus sogar als führender „Schurkenstaat“, während die USA trotz ihrer seit fast vierzig Jahren durchgeführten Terrorangriffe gegen Kuba selbstverständlich nicht unter diese Kategorie fallen. Kuba galt als ein „Schurkenstaat“, als seine Militärkräfte in Angola die Regierung gegen südafrikanische Angriffe verteidigte, die ihrerseits von den USA unterstützt wurden. Südafrika wiederum galt damals und auch während der Ära Reagan nicht als Schurkenstaat, obwohl seine militärischen Aktionen einer UN-Kommission zufolge in den Nachbarstaaten eineinhalb Millionen Todesopfer forderten und Schäden in Höhe von sechzig Milliarden US-Dollar verursachten, ganz zu schweigen von den Verwüstungen im eigenen Land. All das wurde von den USA und Großbritannien bereitwillig unterstützt. Die Kriterien sind danach ziemlich eindeutig: Ein „Schurkenstaat“ ist nicht einfach ein Verbrecherstaat, sondern einer, der die Regeln der Mächtigen missachtet - und diese genießen natürlich einen Sonderstatus.

Immer wieder kommt er auf Kuba zu sprechen. So im Kapitel III „Kuba und die US-Regierung: David gegen Goliath“. Sein Fazit: „Es „bleibt das kubanische Problem, was es von jeher war. ‚Castros Idee, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen’, ist weiterhin bedrohlich, weil sie die Armen und Unter-



privilegierten dazu ermuntert, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu fordern. Daß sie dazu kein Recht haben, läßt sich offensichtlich nicht in ihre Köpfe hämmern. Und leider lebt Kuba ihnen diese Möglichkeit vor, indem die Regierung, trotz der bedrückenden Lage im Land, mehr Ärzte in viele notleidende Länder der Erde schickt als jeder andere Staat, und zudem ein Gesundheitssystem aufrechterhält, das die Vereinigten Staaten beschämen muß. Diese Gründe und der lange in die Geschichte zurückreichende Fanatismus haben dazu geführt, daß die US-Regierung ihre hysterischen Angriffe immer noch fortsetzt und auch fortsetzen wird, solange ihr niemand Einhalt gebietet." (S. 70)

In den folgenden Kapiteln wechselt er von Politik und Ideologie zur Ökonomie. Bei aller detaillierten Erörterung, Chomsky bleibt auch hier bei seiner, das Buch wie einen roten Faden durchziehenden These. Schurkenstaaten sind die USA und ihre Verbündeten. Menschenrechte dagegen sind deren Vorwand, Gegenspieler und Opfer zugleich.

Chomsky ist aber nicht nur Analytiker. Er versteht sich selbst als politisches Subjekt. Als solches braucht er Hoffnung und damit gibt er sie auch anderen.

„Die sozialökonomische Ordnung, die jetzt von oben verfügt wird, ist das Ergebnis der Entscheidungen von Menschen, die in von Menschen erschaffenen Institutionen wirken. Die Entscheidungen können widerrufen, die Institutionen verändert werden. Sollte es sich notwendig erweisen, können sie zerschlagen und ersetzt werden. Das haben aufrechte und mutige Menschen im Lauf der Geschichte immer wieder vollbracht." (S. 150)

gg ■

Noam Chomsky: War Against People. Menschenrechte und Schurkenstaaten.
Taschenbuch - 159 Seiten - Europa Verlag München, 2001.
ISBN: 3-203-76011-8. DM 24,49

* Recherchebasis FAS, Washington, nach: „Freitag", Nr. 43/2001

:ostritt

Der Fall Latussek ist dem Bundesverband der Vertriebenen doch sehr nahe gegangen, das kann man den letzten Ausgaben des Deutschen Ostdienstes, – der übrigens im Frühjahr 2002 als Monatszeitschrift erscheinen soll – entnehmen.

Die Ausgabe 47 meldet, dass Latussek nicht mehr im Bundesvertriebenenbeirat (Beirat beim Bundesinnenminister) vertreten ist, und die Ausgabe 51-52 meldet, dass Latussek als Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen zurückgetreten ist.

Trotzdem bleibt die Stellungnahme der Bundesvorsitzenden Erika Steinbach in Ausgabe Nr. 49 halbseiden. Ihr geht es nicht darum, aufzuklären, warum rechtsextreme Kräfte im BdV maßgeblichen Einfluss hatten und wahrscheinlich noch haben. Das hat inhaltliche Gründe: z.B. die Forderungen des BdV nach Rückgabe der großdeutschen Gebiete. Und wenn Frau Steinbach erklärt: „Es geht dabei nicht um eine juristische Wertung, sondern es geht um die Ehre, das Ansehen und die Reputation unseres Verbandes und seiner Leistungen über Jahrzehnte hinweg", dann geht sie einer solchen Auseinandersetzung aus dem Wege.

Frau Steinbach erklärte gegen Latussek gerichtet: „Wer in führenden Funktionen unseres Verbandes von den ‚Lügen über Katyn, Jedwabne und Auschwitz' spricht und meint, sie seien nicht länger zu halten, der ist nicht nur verbandsschädigend, sondern stellt sich darüber hinaus selber bloß". Frau Steinbach will keine „Entsolidarisierung mit anderen Opfern", das sei mit „Geist und Zielen des BdV nicht zu vereinbaren". Sicher ist ein Grundsatz des BdV, keine „Rache" zu üben, aber von der Forderung nach Gebietsrückgaben ist er nicht abgewichen.

Gleichzeitig hetzt Frau Steinbach gegen links: „In der SBZ/DDR waren Buchenwald und Hohenschönhausen Orte, an denen auch Heimatvertriebene ihr Leben lassen mussten. Deshalb verbitte ich mir übrigens nachdrücklich jegliche Kritik von PDS-Politikern. An dieser Partei klebt noch heute das Blut zahlloser Opfer der DDR. Eine Partei, die innige Kontakte zu linksextremen, gewalttätigen Gruppen nach wie vor pflegt, wie im Verfassungsschutzbericht nachzulesen ist, eine solche Partei hat keinerlei Legitimation, uns auch nur eine einzige Silbe an Ratschlägen oder Anwürfen auf den Tisch zu legen."

DOD Nr. 47 bis 52 – jöd ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach

Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Schill – neue Hoffnung der Rechten?

Junge Freiheit Nr. 50/01 vom 7. Dezember 2001

Sollte die Schill-Partei bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nicht den von ihr erhofften Erfolg haben, so hat *Michael Wiesberg* in der Jungen Freiheit die Verantwortlichen schon ausgemacht: „Es klingt wie eine Drohung, und es soll wohl auch eine sein: CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer stellte mit Blick auf die ‚Schill-Partei' klar, dass ‚es dauerhaft keine neuen Parteien rechts von der CDU im demokratischen Spektrum' geben dürfe ... Es sei Aufgabe der Union auf der rechten Seite, ‚alle Wähler, die gerade noch für demokratische Parteien ansprechbar sind, mitzunehmen auf dem Weg in die Zukunft'. Mit anderen Worten: Falls Schill außerhalb Hamburgs weitere Erfolge einfährt, wird ihm das Schicksal der Stigmatisierung als ‚rechtsradikal' oder gar ‚rechtsrextrem' wohl nicht erspart bleiben."

In derselben Ausgabe spekuliert Wiesberg über die wahren Hintergründe des Anschlags vom 11. September und versucht die Verquickung der CIA in das Ganze nahezulegen, weil Hinweise bestünden, dass die angeblichen Insidergeschäfte weit über die Familie Bin Laden hinaus getätigt worden seien.

Heftige Werbung für Schill

Junge Freiheit Nr. 52/01-1/02 vom 21. Dezember 2001

Nach Sachsen-Anhalt beginnt die „Partei Rechtsstaatliche Offensive" nun auch in Mecklenburg-Vorpommern einen Landesverband aufzubauen. Ob die Hamburger Truppe dabei mit denselben Methoden vorgeht wie in Sachsen-Anhalt, ist noch nicht bekannt. In Sachsen-Anhalt wurde die aus dem Land stammende Aufbaukommission durch den Ulrich Marseille, Eigentümer der Marseille Klinik AG mit Interessen im Land, abgelöst und alle ihre Schritte zunächst für nichtig erklärt. Schill und Marseille achten peinlich darauf, keine aktenkundigen ehemaligen Mitglieder anderer Rechtsparteien aufzunehmen.

Nach Angaben des Blattes halten „80 Prozent der Deutschen" die Partei für prinzipiell wählbar, Schill und Marseille sprechen von einem Wahlergebnis um 30% in Sachsen-Anhalt, Schill will den Ministerpräsidenten stellen.

Der neue Lieblingsfilm der Rechten: „Soweit die Füße tragen"

Junge Freiheit Nr. 02/02 vom 4. Januar 2002

Nachdem schon in der letzten Ausgabe der Film als Teil der „Geschichte unserer Väter und Großväter" gepriesen wurde, erscheinen in dieser Ausgabe zum einen ein Interview mit dem Produzenten und zum anderen ein Kommentar von *Dieter Stein*. Er erwartet, was er sonst vermisst: die „Idenfikation mit der eigenen Geschichte", die daherkommt als „große künstlerische Manifestation dieses Gefühls". Vilsmeiers Stalingrad-Film sei dafür ungeeignet, wegen der dort dargestellten „Gruselgeschichten über korrupte deutsche Offiziere". Wohingegen Clevé, Produzent des neuen Films, erklärt: „Zum anderen aber empfand ich es einfach als an der Zeit, dass dieses Thema mal wieder angepackt wird: Denn dass ein deutscher Soldat durch das, was er tut, zum Helden wird, ist natürlich ungewöhnlich im deutschen Kino."

Was tut der „deutsche Soldat"? Er flüchtet aus einem Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion. Vielleicht hält Clevé Heldentum für angebracht, weil sich bald neue praktische Gelegenheiten für solche Fluchten deutscher Soldaten ergeben. *uld* ■

Feierstimmung bei den Reps

Der Republikaner 11-12/2001

Wie einen großen Wahlerfolg feiern die Republikaner in ihrer Postille „Der Republikaner" Nr. 11-12/2001 den Erfolg zweier Funktionäre vor dem BVG. Die Revisionsverhandlung wurde nötig da das „Truppendienstgericht Süd" im März 2000 entschieden hatte, dass das Engagement der beiden bei der Bundeswehr Tätigen keine Verletzung der Treuepflicht gegenüber dem Dienstherrn darstelle. Da die Reps „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" nicht verfassungswidrig seien, so das Urteil, könnten auch keine Disziplinarmaßnahmen gegen sie ergriffen werden. Das Urteil sei „eine Riesenblamage für die Innenminister von Bund und Ländern, die wie Bayerns Beckstein wider besseren Wissens die Republikaner diffamieren..." und bestärke sie in ihrem Willen „gegen die diskriminierende und verleumderische Aufnahme der Republikaner in die Verfassungsschutzberichte und die Nachrichtendienstliche Beobachtung durch den VS zu klagen". Mit diesem Urteil im Rücken hoffen sie „dass weitere unabhängige Richter der Farce der dümmlichen VS-Berichte ein Ende setzten".

Personalia

Einen ganzen Reigen frischgewählter Funktionäre hat „Der Republikaner" überdies zu bieten.

So wurde in Bayern der Landesvorsitzende Gärtner in seinem Amt bestätigt, Stellvertreter wurden Berthold Seifert (Würzburg), Sonja Weinfurtner (München) sowie Martin Huber (Taufkirchen), der in Oberbayern zudem als Bezirksvorsitzender wiedergewählt wurde.

Im Saarland wurde ebenfalls gewählt, wobei Karl-Werner Weiss und sein Stellvertreter Andreas Thies einstimmig wiedergewählt wurden. Kreisvorsitzende im Hochtaunuskreis, respektive in Rosenheim wurden Walter Amman bzw. der Rosenheimer Rep-Stadtrat Rudolf Hötzel. Ralf Goertz aus Erkelenz wurde zum Bezirksvorsitzenden des Regierungsbezirks Köln gewählt, seine Stellvertreter sind Daniel Schöppe und Ferdinand Esser. Interessant hierbei ist, dass die Brüder Daniel und Bernd Michael Schöppe politisch scheinbar mittlerweile unterschiedliche Wege gehen. Ehedem noch zusammen in der Deutschen Liga aktiv, ist B.M. heute bei Pro-Köln aktiv. Widerspruch oder soll so eine Zusammenarbeit vorbereitet werden?

CHR ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 - 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507